

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

203 (1.9.1908)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: In's Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2.25. In der Expedition und in den Abgaben abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 75 Pfg. 2.10, durch Briefträger ins Haus gebracht 75 Pfg. vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:**  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.  
Sprechstunde der Redaktion: 12-1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

**Inserate:** Die einseitige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag  
Karl Dreyer & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Legte Post, Beileitung und Unterz.-Beilage: W. Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Ziegler in Karlsruhe.

### Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

XI.

#### Buchhandlung Vorwärts.

In dem Geschäftsjahr vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908 hat die Buchhandlung „Vorwärts“ über folgende Neuerscheinungen zu berichten:

Die „Sozialdemokratische Agitationsbibliothek“ konnte um vier neue Hefte vermehrt werden, die unter folgenden Titeln erschienen sind: Heft 8: „Sodom und Gomorrha“, aus Anlaß des Prozesses Wolff-Garden (70 000) (die in Klammern gegebenen Ziffern bedeuten die Anzahl der gedruckten Exemplare); Heft 9: „Die Reichstagswahlen des Jahres 1907 und die politische Lage“, auf Beschluß des Essener Parteitages herausgegeben (80 000); Heft 10: „Der nationalliberale Parteitag und die Sozialdemokratie“, eine Rede des Genossen Rebel (25 000), und Heft 11, das aus Anlaß der preußischen Landtagswahlen herausgegeben wurde: „Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstration vor dem Deutschen Reichstage“ (25 000).

Aus Anlaß der preußischen Landtagswahlen sind ferner folgende Broschüren herausgegeben worden: Die zur Information bestimmte Broschüre von Dr. Krons, „Die preußischen Landtagswahlen“, in neu umgearbeiteter Auflage (10 000); „Handbuch für preußische Landtagswähler“, im Auftrage des Parteivorstandes von Paul Pirch herausgegeben (3000); „Materialien für den Wahlrechtskampf“, im Auftrage des Parteivorstandes für die Referenten herausgegeben (1000). Als Agitationsbroschüren: „Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament“ (5000); „Wahlrechts-Katechismus“ von Paul Göhre (20 000), und in neuer Auflage „Gegen die Volksverdummung“ (15 000).

Im Auftrage des Parteivorstandes wurden ferner herausgegeben unter dem zusammenfassenden Titel „Sozialdemokratische Flugschriften“, vier Hefte: 1. Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung“ (317 000); 2. Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Sozialdemokratie“ (50 000); 3. „Die Sozialdemokratie in den Gemeindevorstellungen“ (55 000); 4. „Die Sozialdemokratie und die technischen Angestellten“ (30 000). Die Sammlung wird den Bedürfnissen entsprechend fortgesetzt werden.

Broschüren allgemeineren Charakters wurden folgende herausgegeben: „Aus- und Umbau der Arbeiterversicherung“ von Kees (2000); „Stern, Gott?“ (6000); im Auftrage des Parteivorstandes: „Die Wahlen der bürgerlichen Parteien“ (7000) und „Referentenführer“, in drei Auflagen (14 000); „Die Landarbeiter und Sozialdemokratie“ (12 000); Schulz, „Sozialdemokratie und Schule“ (8000); Zur Frage des Frauenwahlrechts“, Klara Zeilin (18 000); „Der Hochverratsprozess gegen Karl Liebknecht“ (50 000); Kautsky, „Die historische Leistung von Karl Marx“ (11 000); Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins (2000); Wurm, „Wahlfrage und Sozialdemokratie“ (21 000); „An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter (25 000), aus Anlaß des Todeslages des Genossen Luer: ein Porträt des Verstorbenen und eine Broschüre zu seinem Gedächtnis von Ch. Bernstein (10 000), und endlich „Die parlamentarische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie“, von Rebel neu herausgegeben, von der bis jetzt drei Hefte in je 3000 Auflage erschienen sind.

#### „Kommunale Praxis.“

1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908.  
Eingänge: 28 179,27 Mk., Ausgänge: 28 179,27 Mk. — Am 30. Juni 1908 betrug der Abonnementstand 2206.

Der Umsatz der Buchhandlung „Vorwärts“ betrug 563 757 Mark 49 Pfg., stieg also gegen das Vorjahr um rund 40 000 Mk. An den Parteivorstand wurden aus den Ueberschüssen 28 000 Mark abgeliefert.

#### Parteischule.

Der zweite Kursus der Parteischule, der vom 1. Oktober 1907 bis zum 31. März 1908 dauerte, hatte zu Beginn eine unermessliche Schwierigkeit zu überwinden. Wenige Tage vor der Wiedereröffnung der Schule erhielten zwei Lehrer, die Genossen Hüfing und Kannebeck, von der politischen Polizei die Androhung, daß sie bei Wiedereröffnung ihrer Tätigkeit an der Parteischule die Ausweisung aus Preußen zu erwarten hätten. Da die beiden Genossen, von denen der eine ein Oesterreicher, der andere ein Holländer ist, sich durch ihre rein wissenschaftliche Lehrtätigkeit nicht „mißliebige“ gemacht haben konnten, blieb als einziger Beweggrund der politischen Polizei und ihrer Hintermänner im preußischen Ministerium des Innern und im Reichslanzleramt nur die glänzende Absicht übrig, die sozialdemokratische Parteischule in ihrer Existenz zu gefährden. Dieser Zweck wurde natürlich nicht erreicht, wie sich die preußische Regierung selbst hätte sagen können, wenn sie nur etwas mehr Einsicht in das Wesen und in die Kampfsmethode der Sozialdemokratie besäße.

So wurde, der politischen Helbenart zum Trotz, der zweite Kursus der Schule programmgemäß am 1. Oktober 1907 eröffnet. An die Stelle des Genossen Hüfing trat die Genof-

fin Rosa Luxemburg als Lehrerin für Nationalökonomie in den Lehrkörper der Schule ein; den Hauptteil des früheren Kannebeck'schen Unterrichtsstoffes übernahm Genosse Heinrich Cunow (Geschichte der gesellschaftlichen Entwicklung); im weiteren wurde die Vede dadurch geschlossen, daß Genosse Mehring seinen Lehrstoff, der bis dahin nur die Geschichte im 19. Jahrhundert umfaßt hatte, auf die Deutsche Geschichte seit dem Mittelalter ausdehnte, und daß Genosse Wurm mit Vorträgen über Naturerkenntnis in das Lehrerkollegium eintrat. Die übrigen Fächer blieben im wesentlichen so, wie sie im ersten Kursus gewesen waren. Den juristischen Teil behandelten die Genossen Stadthagen (Arbeiterrecht, soziale Gesetzgebung, Gefändrecht, Verfassung), Steinemann (Strafrecht, Strafprozeß, Strafbollzug) und Rosenfeld (Bürgerliches Recht); Genosse Kapenstein beschränkte sich in diesem Kursus auf Vorträge über Kommunalpolitik; Genosse Heinrich Schulz behandelte wiederum den mündlichen und schriftlichen Gedankenaussdruck und die Zeitungstechnik, wofür ihm, einer Anregung der Schüler des ersten Kursus entsprechend, im zweiten Kursus eine etwas größere Stundenzahl eingeräumt worden war.

Im ganzen sind 777 Unterrichtsstunden abgehalten worden. Hieron entfielen auf: Nationalökonomie 250, Rede, Stil und Zeitungstechnik 105, Geschichte 90, Soziologie 80, Arbeiterrecht usw. 80, Strafrecht usw. 46, Bürgerliches Recht 46, Kommunalpolitik 46, Naturerkenntnis 28 Stunden.

Die Lehrer, die zum größeren Teile schon am ersten Kursus beteiligt waren, und der Parteivorstand sind sich einig in der Ueberzeugung, daß die Parteischule den ihr gesteckten Zweck bisher in vollem Maße erfüllt hat. In den zwei Kursen haben insgesamt 64 (31 und 33) Schüler eine gründliche theoretische Durchbildung erfahren, die zwar nicht bei allen die gleiche Wirkung erzielen wird, aus der aber alle geistigen Gewinn gezogen haben, den sie später in der Praxis der täglichen Berufs- und Parteiarbeit zum Nutzen der Partei anwenden werden. Die günstigen Wirkungen der Parteischule auf das geistige Leben in der Partei, der von ihr ausgehende Antrieb zum ernsthaften Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, die Anregung des Lesens und Lernbedürfnisses und mannigfache andere Beeinflussungen des Parteilebens können nicht unmittelbar und mit einer für jedermann gleich greifbaren Deutlichkeit zutage treten. Aber sie sind bereits vorhanden, und sie werden je länger, je mehr sichtbar werden.

### Deutsche Politik.

#### Mulay, der Deutsche.

Die allgemein bekannte Tatsache, daß die deutsche Regierung den neuen Marokkaner Sultan als ihren Schlingling betrachtet, hat zur Entstehung eines Gerüchtes geführt, das von der „Nordd. Allgem. Zeitung“ mit gezierender Entkräftung als „grobe Unwahrheit festgenagelt“ wird. Dieses Gerücht lautet: In die ungarische Presse verlagene Gerücht behauptet, daß Wilhelm II. den deutschen Gesandten in Tanger telegraphisch beauftragt habe, Mulay Hafid im Falle der Annahme der Agciras-Akte die Anerkennung Deutschlands umgehend zu überbringen. Die Anerkennung Mulays kann natürlich nicht durch Deutschland allein, sondern nur durch die Gesamtheit der Mächte erfolgen, denn wenn die eine Macht Mulay, die andere Abdul, die dritte vielleicht Rasuli oder Bu Samara als Sultan anerkennen wollte, gäbe es alsbald ein Tohuwabohu, das mit einer großen Keilerei enden müßte.

Inzwischen fahren die vom Auswärtigen Amt inspirierten Blätter fort, sich für die frische Majestät untertänig zu begeistern. Namentlich in den spaltenlangen Schilderungen der „Frankfurter Zeitung“ erscheint der Sultan Mulay geradezu als der Landesvater, wie er im deutschen Schulbuch steht. Mulay ist ein militärisches Genie, ein Gelehrter, ein Dichter, ein vielseitiger Geist, ein glänzender Reiter, ein passionierter Jäger, ein ausgezeichneter Haushalter, ein guter Familienvater usw. Kurz, wäre nicht nebenbei erwähnt, daß er Vöckchen an den beiden Schläfen trägt und einen Sarem unterhält, so wäre der Leser beinahe versucht, in freudigem Erstaunen auszurufen: „Wo ist da eigentlich der Unterschied?“

#### Wozu man Militär braucht!

Der Gemeindevorstand in Zabrze hat einem Telegramm des „Berliner Tageblatt“ zufolge einen Antrag beim Kriegsministerium gestellt, Zabrze zur Garnisonstadt zu machen. Begründet wird der Antrag dadurch, daß die Bevölkerungsziffer 100 000 Seelen inklusive Zabrze überschreitet; ferner wird die überhandnehmende polnisch-nationale Bewegung angeführt, und der schwerwiegendste Grund darin gefunden, daß der fiskalische Grubenbesitz der dortigen Gegend, in dessen Anlagen 60 Millionen Mark investiert sind, nicht hinreichend gesichert erscheint. Wie die „Schlesische Zeitung“ hört, hat sich der Handelsminister fürzlich bei seiner Anwesenheit in Oberschlesien lebhaft für das dortige Bestreben interessiert.

Also um die Polenpolitik wirksam unterstützen zu können und um dem Eigentum einen größeren Schutz angeheben zu lassen, wird eine Garnison gewünscht. Beweise für die Bedrohung des Eigentums sind nicht nötig, sie könnten auch kaum erbracht werden. Vielleicht begründet aber der Kriegsminister eine Vermehrung des Militärs mit dem Hinweis auf die — Polengefahr. Das wäre wenigstens einmal ein neues Argument.

#### Hilfe vom deutschen Kaiser.

haben die Türken anlässlich der großen Brandkatastrophe in Stambul erhalten. Wilhelm II. spendete für die abgebrannten Türken 10 000 Mk. Für die Donau-erschinger Abgebrannten soll einem bis jetzt nicht veröffentlichten Gerüchte zufolge der deutsche Kaiser anlässlich einer Sammlung bei der Tafel auf Schloß Wilhelmshöhe 1000 Mk. gespendet haben.

#### Die Beratung der Reichsfinanzreform.

Die Bundesrate am 17. September erfolgen. Fürst Bülow bemüht sich zu dieser Sitzung nach Berlin, um den Vorstoß zu übernehmen. Man darf erwarten, daß nach Annahme der Steuerentwürfe im Bundesrat, die Defizitlosigkeit endlich erfährt, wessen sie sich zu gewärtigen hat.

### Zur Budget-Abstimmung.

#### Durlach.

In gutbesuchter Versammlung nahm gestern Abend der Sozialdem. Verein Stellung zur Budgetabstimmung der Landtagsfraktion und den damit in Verbindung stehenden Vorkommnissen der jüngsten Zeit. Landtagsabg. Gen. Herz präferierte einleitend den Standpunkt der Fraktionsmehrheit, wie auch ihre Beweggründe. Er selbst habe in der entscheidenden Fraktionsabstimmung von einer Zustimmung zum Budget abgeraten, nicht etwa deshalb, weil er die Anschauungen der Fraktionsmehrheit nicht teile, sondern nur, weil er die daran anknüpfenden Auseinandersetzungen vermeiden wollte. Auch er halte den auf der Lübecker Resolution beruhenden Zustand als auf Dauer unhaltbar, doch hätte er es lieber gesehen, wenn zunächst eine Aufhebung oder doch eine dem tatsächlichen Bedürfnis der süddeutschen Genossen mehr Rechnung tragende Änderung der Resolution durch den Parteitag angestrebt worden wäre, anstatt die Partei vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Er verleihe dabei keineswegs die ziemliche Wahrscheinlichkeit eines negativen Erfolges auf diesem Wege. Es stehe eines fest, daß nämlich die Haltung der Fraktion in der Budgetfrage den gegnerischen Parteien sehr viel Wind aus den Segeln genommen habe und dürfte dieser Punkt besonders bei der kommenden Landtagswahl agitation erheblich ins Gewicht fallen. In der Debatte, die den ganzen Abend ausfüllte und an der sich 14 Redner beteiligten, wurde abwechselnd für und gegen die Haltung der Fraktion plädiert; das Ergebnis derselben verdichtete sich in folgender, am Schlusse gegen eine starke Minderheit angenommener Resolution:

„Die heute tagende Mitgliederversammlung erklärt sich mit der Budgetabstimmung unserer Landtagsfraktion einverstanden, beurteilt jedoch das Schweigegebot des Landesvorstandes dem Parteivorstand gegenüber.“

#### Neustadt i. Schw.

Die gestern Abend im „Bären“ stattgehabte Versammlung hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen. Punkt 1 der Tagesordnung betraf die Flugblatt-Verteilung im Bezirke Neustadt. Am Sonntag sollen zunächst 8 Gemeinden besucht werden. Anerkennenswert ist es, daß sich genügend Genossen finden ließen, welche sich der Arbeit unterziehen.

Punkt 2 der Tagesordnung betraf die leidige Budgetangelegenheit. Genosse Untermann gab in längeren, eingehenden Ausführungen ein Bild von der Angelegenheit. Er betonte besonders, daß er als Norddeutscher und mit ihm seine der hiesigen Partei angehörigen Landsleute nicht anders könnten, als sich mit der Haltung der badischen Kammerfraktion einverstanden zu erklären, da eben der Kampf im Süden ein ganz anderer als im Norden sei. Im gleichen Sinne äußerte sich Genosse Johannsen, fügte aber hinzu, daß allerdings die Kammerfraktion darin einen Fehler gemacht hätte, daß sie sich dem Parteivorstand gegenüber in Schweigen hüllte. Ebenso rügte er scharf die voreilige Berichterstattung des Genossen Kolb. Genosse Göhringer begründete eine von ihm ausgearbeitete Resolution, welche lautet:

„Die heute im „Bären“ stattgehabte Versammlung bedauert auf das Lebhafteste den in der Parteipresse anlässlich der Budgetfrage entstandenen und teilweise mit unschönen Waffen geführten Streit, welcher nicht zum Nutzen der Partei ausfallen kann. Die Schlichtung der Angelegenheit ist nach unserer Ansicht dem Parteitag in Nürnberg allein zu überlassen. Es wäre daher an der Zeit, wenn die Pressehölle eingestellt würde. Zunächst richten wir an die Redaktion des „Volksfreund“ das Ersuchen, die Neuzei-

Seite 8.  
Theater  
ruhe.  
31. August  
Male!  
Vertraum  
ten von Kella  
pold Jacobson.  
tar Strauß.  
3 Uhr.  
r Saison.  
holz  
25 cm, des  
rd abgegeben  
Lagerplatz  
Arbeitsstraße  
u. Nees  
i. Lq.  
biter  
darf in Arbeit  
leidern z. am  
bei  
Freiburg  
den 5.  
be gegenüber  
battivarbeten.  
Alona  
Fahrräder  
ie enorm billig  
s. Vertreter ge  
hans Wehner  
S. G. 8294  
rei-Zimm  
wid in der St  
adt von Linde  
auf 1. oder 18  
d. Oferten un  
e Expedition be  
hüne  
rwohnung  
in Vorderhaus  
bermieten. 874  
ppurrerstr. 42  
hüne  
rwohnung  
s) mit Kochge  
de später zu  
res  
20, im St  
hüne  
rwohnung  
d Keller Wab  
St. St. zu ver  
res im Speise  
874  
den  
mit  
ufenstern  
em großen Ma  
de Waldstr.  
r d. 3. zu  
daf. bei Günt  
nstr. 14 im R  
Partei-Zimm  
hinter, (Stüb  
ucht Of. un  
des Volksfr  
50, 3. St.  
altener Kinder  
gen billig zu  
39, 4. St.  
Manfarbenst  
ten billig zu  
wird von f  
Chopard in  
ege genommen.  
p. d. Volksfr  
m wäichen u  
rd angen. b  
enweinstr. 24.  
tten  
S. G. 8294  
Durlach.  
Wilhelmine,  
Hilppine Sofe,  
Friedrich, B.  
B. Fabian  
Fritz Rauchen  
in Köffel, Sch  
Helene Kath  
elm Christof  
Laufmädchen  
Schönthal, Bern  
und Friedr  
Wilhelm G  
Sofie Luise  
am, Elendred  
von Waldst  
Schuhmacher  
Walter, W.  
Friedrich  
Friedrich  
ger, Fabrikant  
a, Vater Joh  
schwirt Ludw.  
Bat. Gulten

rungen über die Angelegenheit zu beendigen und hoffen, daß dann auch die übrigen Organe unserer Partei diesem Beispiele folgen werden.

Im übrigen billigen wir die Haltung der Kammerfraktion in der Budgetfrage, bedauern dagegen die Geheimhaltung dem Parteivorstand gegenüber, ebenso die vorzeitige Berichterstattung des Genossen Kolb im „Volksfreund“.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen und die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Waldshut.

Aus Waldshut erhalten wir die folgenden Zeilen: Die Bewilligung des Budgets in den süddeutschen Landtagen ist zur Tatsache geworden und man kann dies aus Gründen der Taktik und Konsequenz nur begrüßen. „Eines schließt sich nicht für alle!“ Dies mögen unsere norddeutschen Parteigenossen bei der Beurteilung dieser Tatsache vor Augen halten und bedenken, daß die Ablehnung des Budgets in den süddeutschen Parlamenten auf die Dauer nicht nur eine politische Unmöglichkeit, sondern auch eine Konsequenz wäre.

Wenn die „Vergiftete Arbeiterstimme“ von einer Mainlinie spricht, so kann ich hierin nur recht geben. Die mehr demokratischen Verfassungsformen in den süddeutschen Staaten bedingen auch unsererseits eine andere Stellungnahme zu politischen Fragen und Gesetzesvorlagen in den Parlamenten, wie z. B. im reaktionären Preußen. Aus der Zustimmung zum Etat speziell in Baden ist keineswegs eine Verletzung des Parteiprinzipiums zu konstatieren. Die Budgetbewilligung war übrigens eine notwendige Folge der vorausgegangenen Zustimmungen unserer Landtagsfraktion zu den Einzelsetats und Gesetzen, welche zum Teil auch eine erhebliche finanzielle Besserstellung von Beamten und Arbeitern im Gefolge haben. Diesen Einzelsetats und insbesondere auch dem Steuergesetz erst zustimmen und der Regierung die Mittel zum Vollzug des Budgets an die Hand zu geben, hintennach aber das Gesamtbudget abzulehnen, das ist doch logischerweise eine Inkonsistenz.

In der von der Fraktion abgegebenen Erklärung ist Klipp und klar gesagt, daß die Budgetbewilligung an unserer prinzipiellen Haltung gegenüber der Regierung nichts ändert und daß wir keine Ursache haben, der Regierung ein Vertrauensvotum auszustellen. Dies umso weniger, als u. a. der „Fall Schürfele“ der badischen Sozialdemokratie beweist, daß sie die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und das uneingeschränkte Koalitionsrecht sozialdemokratischer Beamte und Arbeiter im Staatsbetriebe sich erst noch erkämpfen muß. Doch was in Bayern möglich war, wird auch in Baden zu erreichen sein. Der reaktionäre preussische Einfluß muß auch in Baden gebrochen werden. Dies kann aber nur dadurch geschehen, daß die badische Landtagsfraktion durch fortwährende positive Mitarbeit an der demokratischen Gestaltung unserer Verfassung die Regierung zu einer anderen Stellungnahme gegenüber der Sozialdemokratie zwingt. Geben wir doch endlich den einem großen Teile der Parteigenossen unverständlichen Regierungspunkt auf und ziehen wir aus den letzten Reichstagswahlen die richtige Lehre. Unsere badische Landtagsfraktion hat mit der Bewilligung des Budgets in Uebereinstimmung mit dem überwiegend größten Teil ihrer Mandatgeber gehandelt und ihr Verhalten durch die abgegebene Erklärung mit dem Lübecker Parteitagbeschlusse in Einklang gebracht. Der durch den letzten Abschluß der Lübecker Resolution vorgezeichnete „besondere Fall“ war gegeben und ist meiner Ansicht nach in den süddeutschen Landtagen bis auf weiteres anwendbar. Vielleicht kommen auch unsere norddeutschen Parteigenossen mit der Zeit zu der Erkenntnis, daß das, was in Norddeutschland in Bezug auf die Taktik der Partei als Erfahrungsgrundgesetz gelten kann, sich nicht schlechterdings auf die süddeutschen Verhältnisse übertragen läßt. Das Verhalten unseres Landesvorstandes ist nicht zu billigen. Die Auskunftsverweigerung war nicht berechtigt; dem Parteivorstand muß das Recht zustehen, sich über die Maßnahmen einer einzelnen Landespartei und Landtagsfraktion zu informieren.

Nun noch ein paar Worte zum Parteitag und zur Behandlung der obigen Angelegenheit durch die Parteipresse. Es ist sehr zu wünschen, daß die Meinungsdivergenzen in Nürnberg sachlich zum Austrag kommen. Keinesfalls darf der Ton der „Leipziger Volkszeitung“ in Nürnberg die Musik geben. Ein

zweites Dresden könnte der Partei ungeheuren Schaden zufügen. Es ist meiner Ansicht nach ein unverantwortliches Unternehmen der „Leipziger Volkszeitung“, führende Parteigenossen in verletzender Weise lächerlich zu machen und von „parlamentarischem Kreuzzug“ zu sprechen. Oder will die „Leipziger Volkszeitung“ den unter den Parteigenossen vorhandenen Begriff der „Brüderlichkeit“ parodieren zur Farce stampeln? Gen. Kolb, der während des letzten Landtags in wirkungsvoller und hervorragender Weise für die Partei parlamentarisch tätig war, wird von der „Leipziger Volkszeitung“ zur Niederlegung seines Landtagsmandats aufgefordert. Ein derartiges Anstehen kann man nur einigermaßen verstehen, wenn man weiß, daß seit Jahr und Tag von gewisser Seite gegen den Genossen Kolb und andere in Berlin und Leipzig gearbeitet wird. Hoffentlich nimmt zu dieser bedauerlichen Tatsache der Nürnberger Parteitag ebenfalls Stellung. Jedenfalls wissen die badischen Parteigenossen zur Genüge, daß die bekannte Antipathie des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ gegen die bekannten „Budgetbewilliger“ nicht von ungefähr kommt.

Wenn ein Parteigenosse mit der zeitlich in Baden von der Partei befolgten Taktik nicht einverstanden ist, so benütze er zur Darlegung seiner abweichenden Meinung eines der badischen Parteiblätter, denn dann wird auch seine Ansicht von den Parteigenossen in Baden gelesen. Wenn man aber fortwährend im „Vorwärts“ und in der „Leipziger Volkszeitung“ über spezifisch badische Parteiverhältnisse zu Gericht sitzt, so können die badischen Parteigenossen daraus mit dem besten Willen eine unsere Parteibewegung fördernde gute Absicht nicht erblicken. Wenn also von gewisser Seite die badischen Parteigenossen belehrt und nicht bloß auf dem Umwege über Berlin und Leipzig geschulmeister werden sollen, so benütze man zur Belehrung die von den Parteigenossen am meisten gelesene badische Parteipresse. Hic Rhodus, hic salta!

Waldshut, 28. Aug. G. W.

Ein Genosse vom Lande

schreibt uns: Wer, wie ich, auf dem Lande schon seit einer Reihe von Jahren in agitatorischer Weise tätig ist, wird die Zustimmung unserer Landtagsfraktion zum Gesamtbudget nur selbstverständlich finden. Wie können wir sonst bei Wahlen vor die Wähler hintreten und ihnen beweisen, dieses und jenes ist durch unsere Mühen schon verbessert worden; es könnte uns jeder unserer Gegner mit Recht entgegenhalten, daß wir diesen Verbesserungen nur bei den Einzelbudgets zugestimmt, bei der Gesamtbudgetbewilligung aber durch unsere Verneinung widerrufen haben. Die Wählermassen wollen aber etwas sehen, sie wollen wissen, was durch uns für sie geleistet wurde. Mit Hinweisen auf den Zukunftsfuß, der gewiß auch unser aller Ideal ist, lassen sich heute die Massen nicht mehr abfinden, sondern sie wollen selber noch soviel als möglich von den Errungenschaften unserer Arbeit genießen. Was nun die Leipziger Resolution betrifft, stehen die meisten Genossen auf dem Lande auf dem Standpunkt, daß wir Wadenser unsere badischen Verhältnisse besser kennen müssen, als die Berliner oder Leipziger Genossen, die jedenfalls die süddeutschen Zustände durch zu scharfe preussische oder sächsische Brillen ansehen, wobei sie ihnen etwas verschwommen erscheinen. Kehren wir den Stiel einmal um: Was würden unsere lieben Berliner oder Leipziger sagen, wenn von Süddeutschland aus in dieser Weise auf sie eingewirkt, ihre Maßnahmen in solcher Art kritisiert würden? „Ne, Männlein, das versteht ihr man nicht!“ würde wahrscheinlich die Antwort lauten. Wenn wir die Konsequenzen der Budgetverweigerung ziehen und solche auch auf die Kommunalpolitik ausdehnen, würden wir unseren Gegnern für sie unschätzbare Waffen in die Hände geben. Gerade der Umstand, daß unsere Gegner, auch die Staats- und Gemeindebehörden, unsere Tätigkeit als fruchtbringend anerkennen müssen, ist für uns von großem agitatorischem Wert. Wirben wir hierin unsere Taktik ändern, fänden wir damit bei der großen Mehrzahl der Genossen kein Verständnis.

Im großen Ganzen sind die Genossen auf dem Lande der Ansicht, daß man in Berlin und Leipzig vor der eigenen Tür stehen und unsere Angelegenheiten uns selber überlassen soll, wie wir uns auch nicht um die spez. Maßnahmen der Preußen und Sachsen kümmern. Vom Nürnberger Parteitage erwartet man in den Kreisen der ländlichen Parteigenossen ganz bestimmt,

daß kein Rehergericht à la Dresden abgehalten wird, sondern die Meinungsverschiedenheiten in einer der Partei würdigen Form zum Austrag kommen.

Was nun das Versehen des Gen. Kolb betrifft, möchte ich ausrufen wie seinerzeit Christus: „Welcher von euch ist ohne Fehler, der werfe den ersten Stein auf ihn.“ Was dem Gen. Kolb passierte, ist gewiß bedauerlich, aber bei genauer Würdigung der Sachlage zu entschuldigen, und würde man bei allen Fehlern, die seitens unserer führenden norddeutschen Genossen gemacht wurden, solch ein Geschrei erheben, so wäre unsere Parteipresse das ganze Jahr hindurch mit solch kleinem Stoff gefüllt. Wir wollen hoffen, daß der Nürnberger Parteitag die Wogen zu glätten imstande ist.

Die Budgetfrage in Stuttgart.

Am Freitag Abend tagte in Stuttgart eine geschlossene Parteiversammlung, die zu der Abstimmung der süddeutschen Landtagsabgeordneten für das Budget Stellung zu nehmen hatte. Die Versammlung war sehr schwach besetzt; von über 4000 organisierten Parteigenossen waren kaum 200 anwesend. Das leitende Referat hielt Referent Gen. Westmeyer. Er hielt auf dem Standpunkt, daß insbesondere die badischen Genossen unter keinen Umständen hätten für das Budget stimmen dürfen, weil das gegenwärtige Ministerium den Fall Schürfele auf dem Gewissen habe. Westmeyer bestritt auch, daß der von dem Gen. Kolb angeführte Grund, daß die Badener deshalb für das Budget gestimmt haben, um eine Zentrumsmehrheit im künftigen Landtag zu verhüten, eine Berechtigung habe oder ein zwingender Grund für die Budgetannahme sei. In Bayern habe man die Zentrumsmehrheit. Trotzdem haben unsere Genossen es verstanden, sehr wesentliche Erfolge zu erzielen ohne eine Blockpolitik. Die Zustimmung zum Etat sei gesehen in Rücksicht auf die außerhalb der Partei stehenden Mitläufer, auf die sich die Partei nicht verlassen könne. Viel wichtiger solle den Abgeordneten das Vertrauen der eigenen Parteigenossen sein. Solange noch Not und Elend sei, dürften die Abgeordneten unter keinen Umständen für das Budget stimmen. Die Partei könne seinen Umständen für das Budget bleiben, wenn sie an ihren alten bewährten Grundfähigkeiten festhalte und dadurch das Hinübergleiten zu einer Reformpartei vermeide.

Als Korreferent trat Landtagsabgeordneter Gen. Schumann auf. Er legte vor allem den Charakter der süddeutschen Abgeordneten-Konferenzen klar. Die Frage der Budgetbewilligung sei schon auf der Würzburger Konferenz aufgeworfen worden, die zur Unterbrechung des preussischen Wahlrechtskampfes vom Süden aus einberufen sei, und an der ein Vertreter des Berliner Parteivorstandes teilgenommen habe. Man habe die Budgetfrage in Würzburg nicht austragen können; daß sie aber auf einer zweiten Konferenz besprochen werden solle, die dann in Stuttgart tagte, habe, sei in Gegenwart des Gen. Schumann als Vertreter des Parteivorstandes ausgesprochen worden, wogegen dieser keinen Widerspruch erhoben habe. Die Gesichtspunkte, unter denen die badischen und bayerischen Genossen für das Budget gestimmt haben, seien nahe verwandt mit denen im vorigen Jahre die würzt. Fraktion für den Etat genehmigten. Unverständlich bleibe es, warum man sich in diesem Jahre so tief aufregte, wogegen im vorigen Jahre die würzt. Fraktion die Abstimmung verhältnismäßig ruhig diskutiert wurde. Die „Leipziger Volkszeitung“ habe im Vorjahre mißlich von einem Angriff der Würzburger gesprochen, von dem es nicht nötig wäre, daß sich der Parteitag in Essen damit beschäftige. In diesem Jahre spreche sie von einem glühenden Eisen, mit dem der parlamentarische Kreuzzug ausgebrannt werden müsse. Die Frage würde in diesem Jahre nicht mehr nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden, sondern man ließe sich leiten von einem leidenschaftlichen persönlichen Haß. Der zweite Abschluß der Lübecker Resolution, der Ausnahmen zulasse, bestehe noch zu erörtern und solange er bestehe, hätten über seine Anwendung die Abgeordneten zu entscheiden, die dafür die Verantwortung gegenüber den Parteigenossen zu tragen hätten. Man höre die Auffassung vertreten, daß wir mit der Staatsverweigerung den Klassenstaats das Fundament entziehen müßten! Was mache es aber in Württemberg aus, wenn von 92 Abgeordneten 15 den Etat ablehnen. Wir sollen dem kapitalistischen Staate die Mittel verweigern und bieten ihm doch in allen Wählerversammlungen

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Geh.

54) (Nachdruck verb.)

(Fortsetzung.)

XXIX.

Am Ende der Straße versperrte den Ausgang auf den Platz eine niedrige graue Wand gleichmäßiger Menschen ohne Gesicht. Ueber die Schulter eines jeden glänzten kalt und dünn die scharfen Schneiden der Bajonette. Und von dieser ganzen schweigenden, unbeweglichen Wand wehte etwas kalt zu den Arbeitern herüber, klammerte sich in der Brust der Mutter fest und drang in ihr Herz.

Sie drängte sich in die Menge, dorthin, wo ihre Bekannten, die vorne bei der Fahne standen, mit Fremden zusammenfloßen. Sie drängte sich fest mit der Hüfte gegen einen großen, rasierten Mann. Er hatte nur ein Auge und wandte, um zu sehen, seinen Kopf jäh herum.

„Was willst du? ... Wer bist du?“ fragte er. „Pawel Blawows Mutter!“ erwiderte sie und fühlte, daß ihre Beine unterhalb der Knie zitterten und ihre Unterlippe unwillkürlich herabsank.

„Ach!“ sagte der Einäugige. „Genossen!“ sprach Pawel wieder. „Wir müssen das ganze Leben vorwärts! Wir haben keinen anderen Ausweg! Fangt an zu singen!“

Es wurde still und gespannt. Die Fahne erhob sich, flatterte, wehte nachdenklich über den Köpfen der Menschen und drängte sich an die graue Soldatenwand heran. Die Mutter erstarb, schloß die Augen und stöhnte — Pawel, Andrej, Samoilow und Masin nur die vier sonderlichen — von der Menge ab.

Zu der Luft zitterte langsam die helle Stimme Fedja Masins:

„Ihr seid nur als Opfer gefallen ...“

„Im Kampfe für die Freiheit des Volkes ...“ antworteten mit zwei schweren Seufzern dicke, tiefe Stimmen. Die Leute schritten vorwärts und schlugen mit kleinen Schritten den Boden. Das neue Lied floß jetzt entschlossen und überzeugend dahin.

„Ihr habt, was ihr konntet, fürs Volk hingegeben ...“ wand sich Fedjas Stimme wie ein helles Band empor.

„Für die Freiheit ...“ sangen die Genossen im Chor.

„Aha!“ rief seitwärts jemand schadenfroh. „Sie singen ihren Grabgesang, die Hunde.“

„Gaut ihn!“ ertönte ein zorniger Ausruf.

Die Mutter griff sich mit den Händen an die Brust, blähte um sich und sah, daß die Menge, die die Straßen früher so dicht gefüllt hatte, unentwöhnt schwankte und zuckte, wie die Leute mit der Fahne sich von ihr trennten. Hinter ihnen gingen einige Duzend, und jeder Schritt vorwärts veranlaßte jemanden, beiseite zu springen, als wenn der Weg mitten auf der Straße glühend wäre und die Fußsohlen verbrannte.

„Die Wälfür wird weichen ...“ prophezeite das Lied in Fedjas Munde.

„Und das Volk aufstehen!“ gab der Chor starker Stimmen sicher und drohend zurück.

Durch die harmonische Melodie brachen aber leise Worte: „Er kommandiert ...“

„Das Gewehr — an!“ ertönte vorne ein scharfer Schrei. Wellenförmig schaukelten die Bajonette in der Luft, fielen nieder und freckten sich schlau lächelnd der Fahne entgegen.

„Vorwärts — marsch!“

„Sie kommen!“ sagte der Einäugige und schritt mit den Händen in der Tasche breit zur Seite.

Die graue Soldatenwelle schwankte, zog sich über die ganze Straßenbreite hin, und bewegte sich gleichmäßig, kalt vorwärts, einen Kamm mit silbernen schimmernden Bajonettsäbelen vor sich tragend. Die Mutter schritt breit aus, ging näher an ihren Sohn heran, sah, wie Andrej ebenfalls vor Pawel trat und ihn mit seinem langen Körper bedeckte.

„Geh neben mir, Genosse!“ rief Pawel scharf.

Andrej sang, seine Hände waren auf den Rücken gelegt, den Kopf trug er hoch. Pawel stieß ihn mit der Schulter an und rief wieder:

„Neben mir! Du hast kein Recht, vor der Fahne zu gehen!“

„Auseinander!“ rief ein kleiner Offizier, den weißen Säbel schwingend, mit dünner Stimme. Er hob die Füße hoch und schlug, ohne die Knie zu biegen, heftig mit den Sohlen auf den Boden. Der Mutter fielen seine blank gepulsten Stiefel in die Augen.

Seitwärts und etwas hinter ihm ging mit schweren Schritten ein großer rasiertes Mann mit dickem, grauem Schnurrbart in langen, rotgefüttertem Rock und mit gelben Generalsstreifen im weiten Beinbleid. Er hielt ebenfalls wie der Meinrußse die Hände auf dem Rücken, schob die biden grauen Brauen in die Höhe und blühte Pawel an.

Die Mutter sah unendlich viel, in ihrer Brust stand unbeweglich ein lauter Schrei, der mit jedem Seufzer noch aufsteigen wollte; er ertönte tie, aber sie hielt ihn im Inneren zurück, indem sie mit den Händen nach der Brust griff. Was stieß sie, sie schwankte auf den Füßen und ging ohne Gedanken, fast bewußtlos vorwärts. Sie fühlte, daß die Menschen hinter ihr immer weniger wurden, eine kalte Welle schritt ihnen entgegen und sprengte sie auseinander.

Immer näher bewegten sich die Leute mit der roten Bajonette an die dicke graue Menschenwelle, man konnte deutlich das Gesicht der Soldaten sehen — ein breites über die ganze Straße reichendes, garstig platt gedrücktes und in einem schmutzig-gelben schmalen Streifen auseinander geritztes Gesicht, in das verschiedenfarbige Augen ungleichmäßig hineingepreßt waren, vor dem die feinen Bajonettsschneiden grausam blühten. Inzwischen stieß die Bajonette auf die Brust der Menschen richteten, schüttelten und stießen sie bereits, ohne sie zu berühren, nacheinander einzeln von der Menge los und zerprengten den Haufen.

Die Mutter hörte hinter sich das Trampeln der Beine laufenden. Verhaltene, unruhige Stimmen riefen:

„Geh auseinander, Kinder! ...“

„Blawow, lauf!“

„Zurück, Pawel!“

„Wird die Fahne fort, Pawel ...“ sagte Wieslawow mürrißch. „Gib her, ich verteidige sie!“

Er griff mit der Hand nach der Fahnenstange, die Bajonette schaukelte zurück.

„Lach!“ schrie Pawel.

Nikolai zog die Hand zurück, als hätte er sie verbrannt. Der Gesang war verstummt. Die Leute machten Halt, umringten Pawel dicht, aber er drängte vorwärts. Es trat plötzlich Stille ein, es schien, als wäre sie unsichtbar von oben herab geschwebt und umfingte nun die Menschen in einer durchdringenden Wolke.

(Fortsetzung folgt.)

Mittel a Die Reie steuer z ums nich auf dem listigen und Gese postibe Arbeiter mit ba Freilich g sondern Tätigkeit Endosmo sozialistis berie, daß kämpfe in Revolution die parlam der Geseh lage aller Boden dies Etat abzul aufrecht in Paris in in das bür nicht des 9 der Budget die Auflösung Die sammlun 1. D berziffen lung auf lung in C fassung le 2. D rissen N der Beur organisi zum Etat befindet. 3. Die frage fom ab ihre Zu klang befir der Veran selbständig 4. Der gabe, die i Verhofes G scheibungen 5. Ein ändern, ist geben. Die Budgetfrag alle dazu v ordnung zu Delegierten in diesem E Zu Punkt von der bür den in id name und jed einmal zu vera Grunde, da a Behandlung d henden Abstand Landesorganisi des Gen. Kinf seine Antwort in erfter Linie des betr. Bund schampartei u en den Konfer Lübecker Resolu Befestigung ke die Abstimm organisatien berg auch ge von den G eingegangen: „Die heu manng südbeu daß Jotohl ge gegen die Dr Stellung gege Parteinstanzg scheidung über Parteigenossen stinierter Fraa ihr der Meinn fischen und pol kländerung un nicht rechtfert In der Dis a u d e r R a h manng der württe angehörenden. bei an dem einm Budget als die herrschenden schelten Masin haben effo auf Montag, 31. umgemacht. Uebe bers brachten. Di verschlingen Nie a je l 49 5 e 35 932 00 e 35 838 00 e 35 838 00 00 en in D ff

Mittel an in Form von Einkommenssteuer und Vermögenssteuer. Die Reichstagsfraktion hat den Vorschlag einer Einkommenssteuer zur Deckung einer Flottenvorlage gemacht. Wir dürfen uns nicht in ein Wollenkudensheim begeben, sondern müssen auf dem Boden der Gegenwart bleiben. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft dringen wir allmählich in die Verwaltung und Gesetzgebung immer mehr ein. Wir tragen durch unsere positive Arbeit, durch unsere Teilnahme an dem Ausbau der Arbeiterversicherung, dem Arbeiterschutz, der Gemeindepolitik u. m. d. dazu bei, daß diese kapitalistische Gesellschaft sich festigt. Freilich geschieht unsere Arbeit nicht zugunsten der Kapitalisten, sondern im Interesse der Arbeiterschaft und so üben wir eine Tätigkeit aus, die einmal vom „Vorwärts“ zutreffend als sogen. Endosmose, d. h. als Durchdringung des heutigen Staates mit sozialistischem Geiste bezeichnet worden ist. Der Redner schilderte, daß Engels 1895 in seinem Vorwort zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“ mit der Vorstellung, daß die proletarische Revolution gewaltsam sein könne, endgiltig gebrochen habe und die parlamentarische Arbeit, die sich durchweg auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit bewegende Tätigkeit der Partei, als die Grundlage aller künftigen Erfolge bezeichne. Stelle man sich auf den Boden dieser Anschauung, so könne man den Standpunkt, daß der Etat abzulehnen sei, solange die Regierung kapitalistisch sei, nicht aufrecht erhalten. Wenn sogar der Internationale Kongreß in Paris in der Resolution Kaufs den Eintritt eines Sozialisten in das bürgerliche Ministerium als eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips bezeichnet habe, so sei das gleiche auch von der Budgetabstimmung anzuerkennen. Redner schlägt folgende Resolution vor:

Die am 28. August 1908 tagende Stuttgarter Parteiverammlung erklärt:

1. Die im Jahre 1907 erfolgte Zustimmung der württembergischen Landtagsfraktion zum Etat ist durch die Verhandlung auf der vorjährigen württembergischen Landesversammlung in Ehlingen erledigt und gibt zu einer erneuten Beschlußfassung keinen Anlaß.
  2. Die diesjährige Zustimmung der badischen und bayerischen Landtagsfraktion zum Etat unterliegt in erster Reihe der Beurteilung durch die badischen und bayerischen Landesorganisationen, welche zu prüfen haben, ob die Zustimmung zum Etat sich mit der Lübecker Resolution im Einklang befindet.
  3. Die Zustimmung zum Etat kann in keinem der drei in Frage kommenden Fälle als ein Disziplinbruch angesehen werden. Die Fraktionen waren vielmehr berechtigt, die Frage, ob ihre Zustimmung sich mit der Lübecker Resolution im Einklang befindet, selbständig zu prüfen und unter Übernahme der Verantwortung gegenüber ihren Parteiorganisationen selbständig zu entscheiden.
  4. Der Parteitag von Nürnberg hat daher weder die Aufgabe, die in Betracht kommenden Parteigenossen wegen eines Verstoßes gegen die Parteidisziplin zu tadeln, noch den Entschcheidungen ihrer Landesorganisationen vorguzureifen.
  5. Ein materieller Anlaß, die Lübecker Resolution abzuändern, ist durch keine der drei erfolgten Abstimmungen gegeben. Die Versammlung ersucht daher den Parteitag, die Budgetfrage im Sinne dieser Resolution zu behandeln und alle dazu vorliegenden Anträge durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen. — Die Versammlung beauftragt die Delegierten des 1. württembergischen Reichstagswahlkreises, in diesem Sinne auf dem Parteitag zu wirken. Heymann.
- Zu Punkt 1 führt Redner begründend aus, daß nach dem von der bürgerlichen Justiz angewendeten Rechtsgrundsatz: „Ne bis in idem“ über keine Sache zweimal verhandelt werden könne und jeder Angeklagte sich wegen der gleichen Sache nur einmal zu verantworten habe. Punkt 2 rechtfertigt sich aus dem Grunde, daß auch im Vorjahre der Essener Parteitag von einer Behandlung der Abstimmung der württembergischen Abgeordneten Abstand nahm und die Regelung der württembergischen Landesorganisation überließ. Der Parteitag hat auf die Frage des Gen. Kinkel, wie sich der Parteitag zu der Abstimmung stelle, keine Antwort gegeben und damit zum Ausdruck gebracht, daß es in erster Linie der Entscheidung der Parteigenossen innerhalb des betr. Bundesstaates zu überlassen ist und darnach erst der Landespartei unterbreitet werden kann. Es war die Absicht der württembergischen Landesorganisation, daß die Lübecker Resolution aufrechterhalten werden sollte und von einer Befreiung keiner etwas wissen wollte. Man solle über die Frage der Abstimmung erst die badischen und bayerischen Landesorganisationen entscheiden lassen, wie dies im Vorjahre in Württemberg auch geschehen sei.
- Von den Gen. Dunder-Zettin ist folgende Resolution eingegangen:
- „Die heutige Parteiverammlung erblickt in der Zustimmung süddeutscher Abgeordneter zum Gesamtbudget einen Verstoß sowohl gegen die Lübecker Resolution von 1901, als auch gegen die Dresdener von 1903. Die Versammlung nimmt Stellung gegen das disziplinwidrige Verhalten der badischen Parteimitglieder und verurteilt ferner die Tendenz, die Entscheidung über so wichtige Parteifragen, die der Masse der Parteigenossen vorbehalten bleiben muß, in das Dunkel fraktioneller Fraktionsstimmungen zu verlegen. Die Versammlung ist der Meinung, daß die ständige Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze auch in Süddeutschland eine Lockerung der feierlichen prinzipiellen Haltung der Partei nicht rechtfertigt.“
- In der Diskussion sprachen zunächst die Genossen Benz, Dunder, Kahser und Rohmann gegen die Budgetabstimmung der württembergischen, badischen und bayerischen Landesorganisationen. Dunder betont nachdrücklich die Notwendigkeit, an dem einmal angenommenen Standpunkt festzuhalten und das Budget als eine Vertrauensfrage solange abzulehnen, als die herrschenden Klassen die Not und das Elend unter den arbeitenden Klassen nicht beseitigt haben.
- Rohmann erfolgte um 12 Uhr Vertagung der Versammlung auf Montag, 31. August; es sind eine große Zahl von Rednern erschienen. Ueber den Fortgang und event. Schluß werden wir berichten.

### Badische Politik.

Die neuen großen Bahnhöfe  
 Die Kosten der badischen Bahnhöfe sind auf 149 510 000 Mk., der Hauptbahnhof in Karlsruhe 35 932 000 Mk., der Hauptbahnhof in Heidelberg 35 838 000 Mk. Für die Umgestaltung der Bahnhöfe in Offenburg sind 19 348 000 Mk., für die in

Stuttgart 8 352 500 Mk., für die in Durlach 5 171 900 Mk. berechnet. Würde in der badischen Eisenbahnverwaltung nicht die Kurzsichtigkeit Trumpf sein, so hätte man es nie so weit kommen lassen dürfen, daß sechs große Bahnhöfe zu gleicher Zeit um, bezw. neu, gebaut werden müssen. Der Karlsruhe-Bahnhof war schon zu klein, als die strategische Linie Mannheim-Rösch-woog gebaut wurde. Damals hätten wir sehr billig zu einem vergrößerten Bahnhof kommen können, wenn man in der Verwaltung unserer Bahnen das nötige Verständnis für die Entwicklung des Verkehrs gehabt hätte. Auch jetzt hört man wieder Stimmen über die zu großen Bahnhöfe. Noch niemals aber wurde ein Bahnhof zu groß angelegt, sondern wenn die Bahnhöfe Fehler hatten, so die, daß sie zu klein waren.

### Staatliche Unterstützung der Landwirtschaft.

Die Groß. Regierung hat die von der Bad. Landwirtschaftskammer zu veranstaltende Besichtigung der Internationalen Gersten- und Hopfenausstellung in Berlin mit badischen Gersten- und Hopfenbauern in Berlin mit Zuschüssen sowie durch Stiftung eines größeren Betrages zum Prämienfonds der Ausstellung unterstützt. Die Landwirtschaftskammer hat, da ein allgemeines Interesse an einer guten Besichtigung der Ausstellung vorliegt, die Beteiligung der Landwirte dadurch erleichtert, daß sie die sämtlichen Kosten der Besichtigung übernimmt. Anmeldungen werden bis zum 17. September bei der Landwirtschaftskammer angenommen.

### Vom Eisenbahnwesen.

Die einheitliche Bezeichnung der Lokomotivgattungen ist durch eine Kommissionsarbeit des Eisenbahntechnischen Vereins auf verblüffend einfache Art gelungen und von vielen Staaten angenommen worden. Diefelbe wird in der Zeitschrift des D. Ingenieurvereins am 1. August 1908 veröffentlicht und baut sich auf folgendem System auf: Die Triebachsen oder die verkuppelten Räderpaare werden mit Buchstaben bezeichnet und die Laufräder mit Zahlen, letztere zeigen durch ihre Stellung an, ob die Laufäder vorn, hinten oder auf beiden Seiten sind. Mehr wie 5 Triebachsen freilich gibt es nicht, und bis E sind es auch nur 5 Buchstaben. Eine jetzt nur  $\frac{1}{2}$  genannte Maschine heißt dann „B“. Ist sie nur mit einem Rad gekuppelt „1 A“. Hat die Maschine vorn zwei Laufachsen, dann „1 C 2“ heißen. Letztere gibt es auch kompliziertere Bezeichnungen. Hat die Maschine vorn 2 und hinten 2 Zylinder, die wieder an je 2 Achsen gekuppelt sind und vorn und hinten noch ein Laufrad, dann stellt sich folgende Bezeichnung zusammen „1 B + B 1“. In oben besagtem Heft ist die ganze Scala abgedruckt und sehr beachtenswert. Ob die große, bad. Bahn sich der Neuierung angenommen, ist uns nicht bekannt, praktisch ist sie aber jedenfalls.

### Lungentuberkulose und Heilstättenbehandlung.

IV.  
 Indem die unter dieser Rubrik erschienenen Artikel Weiterpflege der begonnenen Diskussion anstreben, so möchte ich mit Verlaub auch dazu das Wort ergreifen und soll es mich freuen, wenn es gelänge, tiefer in die Frage dringen zu können. Ich war Ohren- und Augenzeuge eines Vortrages, den der berühmte Professor Jorocz-Heidelberg, eine erste Autorität auf dem Gebiete der Behandlung des Kehlkopfes, hielt. Er erklärte, daß der Kehlkopf unsterblich das wichtigste Glied der Atmungsorgane im menschlichen Organismus darstelle und sich in drei Abschnitten, das ist im 3., 14. und 21. Lebensjahre, bis zur Vollendung entwickle. Er stehe nicht an, ausdrücklich zu erklären, daß die Schule die Mördergrube sei, die diese Entwicklung hemme, aufhält und sogar gerührt, und zwar durch den von den Herren Lehrern so beliebten Chorgesang, ohne zu wissen, daß die Atmungsorgane des betreffenden Individuums zeitweilig gestört werden können und schließlich im späteren Alter diese folgenschwere Krankheit daraus entsteht (Proletarierkrankheit). Nicht nur allein, daß die Entwicklung des Kehlkopfes durch diesen Chorgesang beeinträchtigt wird, so wird das Kind, das heiser geworden, von der Schule zu Hause gelassen und dem Arzt überwiesen. Dieser nimmt das Kind in Behandlung und wendet zur Beseitigung dieser Heiserkeit Mittel an, ohne sich eines Erfolges freuen zu können, da diese Heiserkeit lediglich ein natürlicher Entwicklungsorganismus des Kehlkopfes ist und kein pathologischer Prozeß, der aber von vielen Ärzten verkannt wird. Fernerhin würde man, wenn der Chorgesang aus der Schule verbannt und der Einzelgesang geübt würde, auch viel bessere Tenor- und Bassstimmen erzielen; auf alle Fälle rät er den jungen Ärzten an, wenn Eltern um Atteste zur Dispens vom Chorgesang nachsuchen, solche in ausgiebigster Weise und für recht lange Dauer zu erteilen.

Zieht man aus diesem Vortrag das Fazit, so ersieht man, daß mit der Bekämpfung der Tuberkulose in den Schulen zu beginnen ist. Bewilligt man die von uns geforderten Schulärzte, dann bin ich fest überzeugt, daß viele Menschen nicht die Lungenheilstätten aufsuchen brauchen. Deshalb stellen wir nunmehr die Forderung: Heraus mit dem Chorgesang und hinein mit den Schulärzten.

### Bereine und Versammlungen.

Leinfelden, 27. Aug. Am Sonntag, 23. d. M., fand im Gasthaus zur „Arona“ eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt zwecks Besichtigung der Konfession in Fankeloch. Außerdem wurden noch innere Angelegenheiten besprochen. Die Monatsversammlungen finden nunmehr wieder regelmäßig jeden Sonntag des Monats statt. Da beinahe in der letzten Bürgerauschussführung die Errichtung eines Baues im neuen Schulhaus abgelehnt wurde, ist beschlossen worden, noch in diesem Späthjahr eine öffentliche Volksversammlung abzuhalten zum Protest gegen das Verhalten der Gemeindevorwaltung. Wir erwarten, daß jetzt schon agitiert wird dafür, damit dieselbe zahlreich besucht wird. Ferner wurde auch über die Budgetbewilligung gesprochen und wurde das Verhalten unserer Abgeordneten allgemein anerkannt, denn nun ist doch unseren Gegnern wieder eine Waffe aus der Hand genommen worden, mit der bei jeder Wahlschlacht auf dem Lande gegen uns operiert wird. Auf's schärfste wurde

die Pressehefte kritisiert, die sicherlich nicht zum Wohle der Partei sein kann und der Wunsch ausgesprochen, es möge dieser sobald als möglich ein Ende bereitet werden. Eine Sammlung für Donaueschingen ergab den Betrag von 3,30 Mk., welcher bereits im „Volkstempel“ quittiert wurde.

### Genossenschaftsbewegung.

Zauberhofsheim, 30. Aug. Landwirtschaft. Das hiesige landwirtschaftliche Lagerhaus, das unter der Direction des Rebaiteurs Anniger hier steht, zählt jetzt 977 Mitglieder. Damit ist es weitaus das größte landwirtschaftliche Lagerhaus in Baden. Die Anfuhr ist zurzeit sehr stark. In den letzten 2 Wochen wurden täglich 8—12 000 Mk. für angeliefertes Getreide an die Mitglieder ausbezahlt. Am Dienstag und Mittwoch dieser Woche betrug die Anlieferung je 14 000 Mk. Die Mitglieder sind mit dem gezahlten Preise sehr zufrieden. Da das Lagerhaus gut gereinigtes und sortiertes Getreide liefert, läßt der Absatz nichts zu wünschen übrig.

### Gewerkschaftliches.

Die Großindustrie und die Tarifverträge. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Großindustriellen des Ruhrreviers nimmt zu der Frage der Tarifverträge Stellung und gibt dabei das folgende Diktum ab:

Wenn die Entwicklung der Tarifverträge in einer großen Reihe handwerklicher Gewerbe vom örtlichen Abschluß zur umfassenden einheitlichen Regelung, zum Generaltarif mit lokaler Feststellung der einzelnen Sätze gebiethen ist, und die Ausdehnung und Verwendung des Tarifvertrages auf Gebieten stattfindet, die mit den Handarbeiten nicht unmittelbar mehr zu tun haben, so erfährt der Tarifvertrag nach wie vor in der das Rückgrat des deutschen gewerblichen Lebens darstellenden Großindustrie eine scharfe Ablehnung: der Bergbau, die elektrische und Maschinen-Großindustrie, die chemische Industrie und die Textilindustrie sind wie bisher, — von verhältnismäßig unbedeutenden Ausnahmen abgesehen — von der Tarifvertragsbewegung unberührt, und mit dieser Tatsache dürfte auch für weitere Zeit zu rechnen sein. Die genannten Industriezweige halten sich teils aus grundsätzlichen Erwägungen zurück, teils auch wegen der Schwierigkeiten, die ihre Arbeitsverhältnisse einer kollektiven Regelung entgegenstellen, und sie werden der Anwendbarkeit von Tarifverträgen namentlich solange widerstreben, als sich die Arbeiter nicht an die Einhaltung getroffener Vereinbarungen zu binden gewöhnt haben.

Der Industrie-Konstitutionalismus ist also noch weit im Felde, wenn es nach den westfälischen Schlotteronen geht. Die Frage ist nur, ob sich ihr Standpunkt lange halten läßt; denn die Ausrede am Schluß ist jetzt schon absolut hinfällig; bisher haben die Arbeiter noch immer die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt — häufig mehr als gut und notwendig war.

### Zur Unterschlagungsaffäre.

Heddesheim, 30. Aug. Die Unterschlagungen des ungetreuen Agenten und Gemeindevorstehers Joachim sollen sich auf 118 000 Mk. belaufen. Joachim wurde nach der vorgenannten ärztlichen Untersuchung durch den Bezirksarzt in das Amtsgefängnis nach Mannheim überführt. Wie raffiniert Joachim mit seinen Betrügereien zu Werke ging, geht daraus hervor, daß Joachim z. B. bei einem Kunden des Vorschubvereins, der ein Darlehen von 1800 Mk. aufnahm, einfach die Ziffer 3800 Mk. umänderte. In einem anderen Falle fälschte er den Betrag von 1400 Mk., die ebenfalls ein Landmann von Heddesheim bei der Kasse aufnahm, gleich auf 5400 Mk. In einem weiteren Falle erhöhte er durch Fälschung den Betrag von 10 000 auf 19 000 Mk. Was Joachim mit dem erscheinenden Gelde beging, wird wohl die gerichtliche Untersuchung ergeben. Wie verlautet, wollen die Kinder und die Verwandten des Verhafteten für die berenteten Gelder aufkommen. Die Beschlagnahme der Güter Joachims ist nicht durch die Genarmarie erfolgt, sondern der Vorschubverein Ludenburg hat dieselbe vorläufig mit Beschlag legen lassen. Im Frühjahr leistete der Vorschubverein in Anerkennung der 25jährigen treu geleisteten Dienste Joachims einen prachtvollen Ruheesessel aus Weinheim und der groß. Staatsanwalt aus Mannheim in Heddesheim weilten. Sie leiteten sofort die Untersuchung ein und beschlagnahmen die Bücher. Es wurde hierauf auch die sofortige Verhaftung des Joachims angeordnet, die jedoch nicht erfolgen konnte, weil sich inzwischen vor dem Hause des Defraudanten eine zahlreiche erregte Menschenmenge angelammelt hatte und man deshalb Gewalttätigkeiten befürchtete. Wie dem „Generalanzeiger“ auf seine Erfundigungen von dem Vorschubverein Ludenburg mitgeteilt wird, betragen die Unterschlagungen des Agenten Joachim 129 000 Mk.

### Kommunalpolitik.

Lahr, 30. Aug. Der Kommerzienrat Sander hat dem Oberbürgermeister in einem Schreiben mitgeteilt, daß er wegen vorgeschrittenem Lebensalter genötigt sei, die Stelle des Obmannes und Mitgliedes des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten niedergulegen.

Mannheim, 30. Aug. Die Stadt hat dem Antrag der städtischen Sparkassenkommission auf allgemeine Einführung des Schederkehrs im Sparkassenbetrieb und zugleich der damit Hand gehenden tageweisen Verzinsung der Einlageguthaben die Zustimmung erteilt.

Zu den im Oktober stattfindenden städt. Wahlen hat die sozialdemokratische Fraktion für die dritte Wählerklasse bereits ihre Kandidaten aufgestellt. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 25 325, wovon 2110 auf die erste, 4220 auf die zweite und 18 995 auf die dritte Klasse entfallen.

Ludwigshafen, 30. Aug. Das Koalitionsrecht. Der hiesige Stadtrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem sozialdemokratischen Antrage, Firmen, die sich gegen ihre Arbeiter und Angestellten als koalitionsfeindlich zeigen, von den städtischen Arbeiten und Versicherungen auszuschließen. Das Kollegium erklärte sich im Prinzip mit dem Antrage einverstanden, sah aber davon ab, eine entsprechende Bestimmung in das städtische Einbürgerungsstatut aufzunehmen. Es soll von Fall zu Fall Entscheidung getroffen werden. — Angesichts der Zustände der Arbeitslosigkeit hat der Stadtrat bereits Notstandsarbeiten vorbereitet. Außerdem soll die bayerische Regierung ersucht werden, einige Bahnbauten als Notstandsarbeiten ausführen zu lassen.

Weingarten, 30. Aug. Am Donnerstag, 27. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr, fand eine Bürgerauschussung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Verkündigung der a) Gemeinderrechnung, b) Sparfassenrechnung, c) Krankenfassenrechnung; 2. Dienstvertrag der Hebammenfandibatin W. N. Rwe.

Punkt 1 a) Gemeinderrechnung. Das Vermögen der Gemeinde beträgt, nach Abzug von 289 771,07 M. Schulden, 1 545 032,52 M. und hat sich gegen das Vorjahr um 128 527,94 M. vermehrt. Von unserer Seite wurde bei diesem Punkt angefragt, ob der Wilschaden in den in eigener Regie befindlichen Jagdbezirk zurückgegangen sei, was bejaht wurde. Eine Entscheidung, ob die Jagd in eigener Regie verbleibt, oder wieder verpachtet wird, dürfte bald erfolgen. Nach unerheblicher Debatte wurde die Gemeinderrechnung, verbescheidet, die Sparfassen- und Krankenfassenrechnung, verbescheidet. Der 16 000 M. betragende Ueberschuss der Sparfasse soll für die zu errichtende Badeanstalt Verwendung finden. Sobald das von dem Gemeinderat angeforderte Sachverständigengutachten eingetroffen, wird das Badeanstalts-Projekt dem Bürgerauschuss zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Punkt 2. Dienstvertrag der Hebammenfandibatin wurde ohne Debatte angenommen.

Zur Einberufung des Bürgerauschusses auf nachmittags 5 Uhr gestatten wir uns noch einige Bemerkungen. Als seinerzeit seitens der sozialdemokratischen Fraktion beantragt wurde, die Sitzungen anstatt wie bisher vormittags, auf nachmittags zu verlegen, wurde dieser Antrag unter leeren Ausflüchten abgelehnt. Der Bürgermeister verschlangte sich hinter einem Mehrheitsbeschluss, obgleich es in seiner Machtbefugnis liegt, die Zeit hier festzusetzen. Nun bequem man sich aber, wie es scheint, trotzdem dazu, die Sitzung nach unsern Wünschen einzuberufen. Es liegt System hierin; nicht bloß hier, sondern auch anderwärts kann man das Gebahren bürgerlicher Rathhausregierungen beobachten, die von unserer Seite kommenden Anträge einfach abzulehnen und sie dann später selbst aufzugreifen, damit man sagen kann, man hat den „Sezzen“ nicht nachgegeben. Man handelt einfach nach der Devise: „Aber Recht dürfen sie nicht haben.“ Man fängt aber auch hier an, diesen dummbornierten Standpunkt entsprechend zu würdigen.

Trübs, 26. Aug. Die hiesige höhere Bürgerschule wird mit Beginn des neuen Schuljahres am 14. September in eine beachtliche Realschule ausgebaut. Die Abolierung derselben berechtigt zum einjährig-freiwilligen Militärdienst. Vorstand der Schule ist Professor Robert Burger, früher in Freiburg. Das hierzu nötige neue Schulgebäude samt Dienstwohnung geht seiner Vollendung entgegen. Zum Schaden der Allgemeinheit können in der Hauptsache nur Kinder der begüterten Eltern die Schule besuchen, obwohl diese nicht immer die gescheiterten sind. Es kann auch Befähigten Kindern minderbemittelten Eltern Schulgeld sowie Lehrmittelfreiung ganz oder teilweise gewährt werden. Der sozialdemokratischen geforderte kostenlose Besuch der Schule fand keinen Anklang. Auch demokratischen wurde hier nichts getan, obwohl dies in der Theorie verlangt wird. — Ja, ja, Theorie und Praxis!

Spullendorf, 26. Aug. Geradegu als ein Monstrum von einer Badeanstalt muß die hiesige bezeichnet werden. Man sollte glauben, in einer Stadt, wo so manches „Emmchen“ oft für luxuriöse Zwecke ausgegeben wird, daß da auch für gesundheitliche Einrichtungen etwas übrig sein sollte. Aber weit gefehlt. Die Badeanstalt wurde schon vor Jahrzehnten gebaut und entspricht nicht mehr den heutigen Bedürfnissen, besonders das warme Bad. Der Kessel, in dem das Wasser erwärmt wird, enthält nicht mehr die drei Bannbäder, was auch den vorhandenen Bann entspricht. Kommen nun drei Personen auf einmal, so müssen die nachfolgenden warten, bis das eiskalte Wasser wieder heiß ist, was oft eine geraume Zeit in Anspruch nimmt. Hier Abhilfe zu schaffen, wäre eine große Tat in hygienischer Beziehung und die Stadterwaltung könnte sich den Dank vieler erwerben. Die Desinfizierten bekümmern sich freilich wenig darum, da die meisten Badegelegenheit zu Hause haben, aber diejenigen, die das nicht haben, wollen doch auch baden.

Ein großer Mißstand ist auch der, daß viele Badende erst abends kommen, die den Tag über Zeit hätten und dadurch Leute, die am Tage arbeiten müssen, zurückdrängen. Alles in allem, die Badeeinrichtung im hiesigen warmen Bad paßt zum hiesigen Bahnhofsgebäude, das sicherlich nicht die Stadt verschönert.

Wir meinen, die Anlage eines Weisers, in dem sich die Fresser haben, wäre weniger wichtig, als die Einrichtung einer brauchbaren Badegelegenheit.

Aus der Partei.

3. Wahlkreis. Parteigenossen! Die Budgetbewilligung unserer Landtagsfraktion hat in der Parteipresse, insbesondere aber in der norddeutschen, eine Polemik ausgelöst, welche uns veranlaßt, noch vor dem Parteitag eine Wahlkreis-Konferenz einzuberufen, um hierzu Stellung zu nehmen. Dieselbe findet am Sonntag, 6. September, nachmittags 1/2 Uhr, im „Löwen“ in Schopfheim statt. Die Parteigenossen des ganzen Wahlkreises werden dringend ersucht, für gute Beschickung der Konferenz Sorge zu tragen. Schriftliche Einladung mit Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt an die Vertrauensmänner noch besonders. Stimmberechtigt sind nur Delegierte. Es wäre aber im Interesse der Konferenz zu wünschen, daß außer den Delegierten auch sonst noch eine größere Anzahl Parteigenossen den Verhandlungen amwohnen würde. Der Vertrauensmann: Adolf Müller.

k. Zum Parteitag. Die Frankfurter Parteigenossen wählen bei Abstimmungen als Delegierten zum Parteitag die Genossen Dr. Quack und Bienele.

Bildungsbestrebungen. Der Arbeiterbildungsverein „Vorwärts“-München gibt in seinem Bericht über das abgelaufene Unterrichtsjahr ein anschauliches Bild über seine Tätigkeit. An erster Stelle stand Volkswirtschaft. Der Zyklus Einführung in die Nationalökonomie (Lehrer Schriftsteller Garpuder) umfaßte 10 Abende. Diese, sowie daran anschließende wirtschaftliche Diskussionen waren regelmäßig von ca. 100 Hörern besucht. An den 4 Abenden über Laffalle und den 12 Abenden über Politische und Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts (Lehrer Dr. W. Hausenstein) nahmen ca. 80, an den Abenden über Geschichte der politischen Parteien in Deutschland (Kampffmeier) und Dr. Hausenstein) ca. 50 Personen teil. Die folgenden 3 Zyklen über Sozialgesetzgebung: Das Problem der Arbeiterversicherung

(Joh. Timm) in 6 Abenden, Invaliden- und Altersversicherung (E. Dachsel) in 5 Abenden und Unfallversicherung (G. Maurer) in 10 Abenden, deren Wichtigkeit einen stärkeren Besuch voraussetzen sollten, waren durchschnittlich nur von zirka 40 Personen besucht. In den Vortragsabenden über Grundzüge der Kriminalpsychologie von Rechtsanwalt Saenger fanden sich 40, des Vorkurses über den Kampf gegen das Verbrechen und zu den 6 Vorträgen über den Kampf gegen das Verbrechen oder Grundzüge der Kriminalpsychologie von Rechtsanwalt A. Kaufmann fanden sich 50 Hörer ein. Ein technischer Zyklus über die Lokomotive erzielte nur 15 Teilnehmer. Außerordentlich stark besucht waren hingegen die, das ganze Wintersemester 1907 bis 1908 in Anspruch nehmenden 3 Kurse für Deutsche Sprache. In einem Zyklus über Moderne Dichter und Denker trug Schriftsteller G. Garpuder über Max Stirner, Nietzsche, Ibsen, Hauptmann und D. E. Harlebein vor. An 2 Abenden sprach Curt Eisner über Napoleon Bonaparte und Prof. Dr. Staubinger über die Theorie des Genossenschaftswesens. Die Samstagabendfüllten in zwangloser Reihenfolge literarische Veranstaltungen aus. Die dem Verein angegliederte Jugendorganisation, die leblich unter Aufsicht des Vorstandes, ihre Geschäfte selbst erledigt, entwickelt sich in erfreulichster Weise. Die Durchführung des gesamten Programms erforderte einen Kostenaufwand von 8000 M., die von den Organisationen aufgebracht wurden. Für das kommende Jahr ist dieselbe Summe bereitgestellt. Der soeben veröffentlichte Lehrplan enthält: Die Erde und die sie umgebenden Naturkräfte 6 Abende, daran anschließende Diskussion 6 Abende, Gemeinlichkeitsgeschichte 6 Abende, Reichstagswahlstatistik 5 Abende, Bürgerliches Gesetzbuch 8 Abende, Klassiker des Sozialismus 8 Abende, Nervenheilkunde und Alkoholismus 6 Abende, Der gemeinliche Arbeitsvertrag 6 Abende, Geschichtsauffassungen 2 Abende, Kunstgeschichte 8 Abende, Bayrische Geschichte 3 Abende, 10 Führungen durch die alte Pinakothek und 3 Kurse in deutscher Sprache. Außerdem finden noch eine Reihe interessanter Einzelvorträge statt.

Badische Chronik.

Durlach.

— Ein eigenartiger Unglücksfall durch eine Ratte ereignete sich bei der am letzten Sonntag in der Kadrennbahn an der Durlacher Allee stattgehabten Rattenfängerprüfung. In dem Augenblick, als die speziell hierzu angefangenen Ratten in den Raum gelassen werden sollten, wo die Hunde ihrer harren, gelang es einer der Ratten, auszubrechen und in das zahlreich erschienene Publikum zu gelangen, welches natürlich schreiend auseinanderlief. Die Ratte schlüpfte in ihrer Todesangst in das Hosenbein eines 15jährigen Lehrlings aus Durlach und bis sich zuerst an dessen Oberhosen und dann unter seinem Arm fest, wo sie dann getötet werden konnte. Der Junge war durch die Biß- und Kratzwunden so zugerichtet, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Etwas mehr Vorsicht bei solchen Veranstaltungen dürfte sich zur Verhütung ähnlicher Vorfälle doch empfehlen.

Erlingen.

— Für die Familien der verunglückten Maurer sind weiter eingegangen: Verlag des „Volkfreund“ 5 M., Brauerei Höpfer 10 M., von Grünwettersbad 145 M., zusammen 143,79 M. Weitere Zuwendungen nimmt entgegen Die Sammelstelle: G. Leppert, Friedrichstr. 2.

Rastatt.

— Waldmichel als Beschützer der Arbeiterehre. Die „Rastatter Zeitung“, Organ für Wahrheit, Freiheit und Recht, regt sich über unseren Artikel in Nr. 193, die Rastatter Kranken- und Spitalverhältnisse betreffend, künstlich auf. In ihrer Ausgabe vom 21. d. M. druckte sie „Der Krankenstand der hiesigen Ortschaft ist zurzeit ein unferen Artikel ziemlich wortgetreu ab, besonders den Satz: ausnahmsweise höher. Zum Teil dürfte dieses auf die herrschende Arbeitslosigkeit zurückzuführen sein.“ Die „Rastatter Zeitung“ kann neben vielem anderen nicht begreifen, daß wirtschaftliche Krisen auch die Krankenaffen beeinflussen. Im Schlußsatz genannten Artikels versucht dieses Blättchen das Bürgermeistertum gegen uns scharf zu machen. Da wir zuerst den Artikel aus gewissen Gründen unbeachtet ließen, versuchte man es mit einem zweiten, welcher angeblich von einem Arbeiter der „Rastatter Zeitung“ zugesandt wurde. Da Zentrumsleute bekanntlich nicht lügen, so müssen wir das zu nächst glauben. In diesem Artikel wurde der oben zitierte Satz nach beliebiger Zentrumsmanier auf das größtmögliche entlehnt. Unsern Artikel, welcher den Zweck haben soll, die Interessen der Rastatter Mitglieder zu wahren, versucht der Einbender in eine Verhöhnung der Arbeiterschaft umzuwandeln. Vergleicht man unseren Artikel, welchen die „Rastatter Zeitung“ wortgetreu abdruckte, mit dem des Einfenders, so muß man staunen, mit welcher Kühnheit man Tatsachen auf den Kopf zu stellen beliebt. Im Verlaufe des Zentrums es ziemlich weit gebracht zu haben. Unsern Abonnenten brauchen wir eine nähere Erläuterung des obengenannten Satzes nicht zu geben. Die wissen, daß mancher Arbeiter, obwohl er noch erwerbsfähig, doch krank ist. Aus Nahrungsorgen oder aus Furcht, seine Stelle zu verlieren, schufte derselbe trotz seiner Krankheit weiter. Bei eintretender Arbeitslosigkeit ist dagegen begreiflich, daß der Arbeiter bei einer Krankheit eher die Krankenkasse in Anspruch nimmt, um sich und die Seinen wenigstens vor der äußersten Not zu schützen. In diesem Sinne war der betreffende Satz gemeint und werden die Richtigkeit dieser Behauptung auch die christlichen Arbeiter nicht abstreiten können.

Baden-Baden.

— Ein guter Griff ist am Sonntag der Kriminalpolizei gelungen. Noch mehr wie in früheren Jahren treiben auch gegenwärtig wieder die gewerkschaftlichen Vermittler von Wetten ihr Unwesen. Einer der Hauptbeteiligten wurde am Samstag verhaftet.

Freiburg.

— Stiftungsfest. Parteigenossen! Der sozialdemokratische Verein feiert am Sonntag, 6. September, abends 7 Uhr, sein 20jähr. Stiftungsfest. Der Verein hat die Stürme des Sozialistengesetzes überstanden und sich zu einem kraftvollen Gebilde entwickelt. Die hiesige sozialdemokratische Partei ist bei der letzten Reichstagswahl als die zweitstärkste aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Dies ist nur der energische und zielbewußten Arbeit der Parteigenossen zu verdanken. Wir

haben deshalb ein Anrecht darauf, unsere 20jährige Arbeit durch ein würdiges Fest zu feiern. Wir bitten den Vorverkauf der Programme energisch zu betreiben. Programme sind zu haben bei Ernst Kräuter, Conwittrasse, Grünfeld, Alarabestraße 22 und auf dem Arbeitersekretariat, ferner in den Restaurationen Sauto, Velfortstraße, Wölliner, Löwenstraße, Garter, Schusterstraße, Leonhard, Talstraße, sowie bei den bekannten Genossen.

— 20 M. reeller Nebenverdienst. Unter diesen und ähnlichen Spitzmärkten tauchen von Zeit zu Zeit in den verschiedenen Wätern Angebote auf und unter Einfindung von 1 M. wird dann Näheres mitgeteilt. Ein Beamter, der sich auch einen solchen „Nebenverdienst“ verschaffen wollte, sandte zu diesem Zweck eine Verlangte 1 M. ein und erhielt vor einigen Tagen aus Basel in einem Kuvert als Muster ohne Wert für ungefähr 5 Pf. Goldstaub zugesandt. In dem gedruckten Begleitfahreiben heißt es: „Der Goldstaub ist mit heißem Wasser anzumachen, daraus ergibt sich eine Tinte, mit dieser Tinte kann man Gratulationskarten schreiben und in den Wirtschaften verkaufen, diese finden riesigen Absatz.“

Vielleicht interessiert sich die Staatsanwaltschaft für diesen ehrsam „Menschenfreund“, denn mit nichts wird heutzutage mehr Schwindel getrieben, als mit der Vermittlung von „reellem Nebenverdienst“.

Singen.

— Recht ergötzliche Auseinandersetzungen gab es anlässlich einer Ersatzwahl in den Bürgerausschuss zwischen einem Artikelsschreiber der „Singer Nachrichten“ und den Parteileitern des Zentrums und der Liberalen, weil obiger Artikelsschreiber versucht hatte, eine Versammlung von Eigenbrötlern einzuberufen, um zu der Ersatzwahl Stellung zu nehmen und eventuell einen Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Das war natürlich ein ganz ungehöriges Beginnen, denn bei Ersatzwahlen wählt ja nur der Bürgerausschuss selbst, und unsere bürgerlichen Parteien, gleichviel, welcher Couleur, haben, wenn nicht gerade Wahlzeit ist, keine Ohren für die Wünsche der Wählerchaft. Und weil nun jener Einladung niemand Folge geleistet hat, glauben die Parteileitungen, sowohl des Zentrums wie der Liberalen, wunder was Geschickes zu tun, wenn sie den armen Kerl von Einladern in den beiden hiesigen Zeitungen nach allen Regeln der Kunst abhocken. Dazu hätte nun der Vorstand der Liberalen am allerwenigsten Ursache, denn bei den nächsten jährigen Wahlen haben die Liberalen alle Stimmen nötig, wenn sie sich noch einmal behaupten wollen. Trotz aller Zusage, die man jetzt von Seiten der Liberalen an das Zentrum macht, wird bei den nächsten Wahlen eben gerade dieses Zentrum den Liberalen die Sitze abnehmen und der liberale Parteivorstand wird dann vermutlich auch zu denjenigen gehören, die extra muros darüber nachdenken können, ob es gut ist, außerhalb der Wahlzeiten die Wähler von oben herab mit souveränem Spott zu behandeln.

Durch die taktische Ungeschicklichkeit der Liberalen bekommen wir nächstes Jahr zweifellos eine Zentrumsmajorität auf dem Rathaus, das kann uns schließlich — aber auch egal sein, denn schlechter als jetzt unter der Herrschaft der Liberalen kann es dann auch nicht werden.

\* Leuzkirch (Amt Neustadt i. Schw.), 31. Aug. Infolge größerer Unterzahlungen wurde der Redner der Gemeindebehörde verhaftet. Die fehlende Summe beträgt 8800 M.

\* Uffern, 31. Aug. Die Uffener Gewerbe- und Industrie-Ausstellung wurde gestern eröffnet. Zu der Feier waren erschienen: die hiesigen Kollegien, Ministerialrat Dr. Schneider als Vertreter der Handelskammer Karlsruhe und die Ehrenpräsidenten der Ausstellung, Oberamtmann Hoersch und Geh. Rat Schüle von der Jlenau. Bürgermeister Scheder hielt die Eröffnungssrede. Nach weiteren Ansprachen folgte ein Rundgang. Die Ausstellung ist vorzüglich arrangiert und gibt ein anschauliches Bild der gedeihlichen Entwicklung von Gewerbe und Industrie in unserem Bezirke.

Uffern, 31. Aug. Leichtfertige Spielerei mit einer Schußwaffe hat hier böses Unheil angerichtet. Der 49 Jahre alte Gasarbeiter Anton Trefzger manipulierte am Sonntag Morgen im „Tüllinger Hof“ mit einem geladenen Trefzerol. Dasselbe entlief sich und die Kugel drang einer vorbeigehenden Kellnerin in das Kinn, wo die Kugel fest blieb und auf operativem Weg entfernt werden mußte. Die Verletzung ist jedoch nicht lebensgefährlich. Trefzger wurde in Ortsarrest verbracht, wofür er sich, wahrscheinlich in Verweigerung ob seiner Tat, durch einen Schuß in die rechte Schläfe entleibte. Leichtfertig war es auf alle Fälle, daß bei der Verhaftung vornehmende Polizei durch eine gründliche Untersuchung Trefzgers sich nicht in allererster Linie in den Besitz der Waffe zu setzen mußte, wodurch die Verzeihungstat hätte vermieden werden können. Es ist dies innerhalb kurzer Zeit der zweite Fall, der der hiesigen „Heiligen Hermans“ passiert. Unlängst ist durch leichtfertiges Verschulden des Wirtmeisters eine jugendliche Person einer Zwangsverziehungskammer überführt worden. Als sie sich bereits auf dem Transport in Heidelberg befand, wurde sie telegraphisch wieder zurückbeordert, weil der eigentliche Verzeihungsbedürftige inzwischen Gelegenheit hatte, zu „beduften“ und bis jetzt noch nicht eruiert werden konnte.

\* Heidelberg, 31. Aug. Zu dem von heute bis zum 5. September in Heidelberg tagenden 3. Internationalen Kongress für Psychologie haben sich bereits gegen 300 Teilnehmer gemeldet. Die endgültig festgesetzte Vortragsliste weist für die vier allgemeinen Sitzungen fünf Hauptredner und zwei Nebensprecher auf, nämlich einen Amerikaner, Italiener und Deutschen, einen Franzosen und je einen Amerikaner, Italiener und Deutschen auf. Für die 35 Sektionsvorträge sind 118 Redner mit 155 Vorträgen vorgemerkt. Von 155 Sektionsvorträgen entfallen auf die sieben Abteilungsgebiete: 42 auf Logik und Erkenntnistheorie, 27 auf Geschichte der Philosophie (Metaphysik und Naturphilosophie), 26 auf Ethik und Soziologie, 20 auf Psychologie, 8 auf Religionsphilosophie und 6 auf Aesthetik. 84 werden in deutscher, 48 in französischer, 14 in italienischer und 9 in englischer Sprache gehalten werden.

\* Mannheim, 31. Aug. Serienloschwindel. Etwas dem Publikum die Augen öffnen sollte über den schwindelhaften Charakter der Serienlosgeschäfte und der Gesellschaften, so sind es die unermesslich mangelhaften Gewerbe, welche diese Unternehmungen abwerfen. Hier in Mannheim, welche diese Geschäfte wie Pilze aus der Erde schießen, ist die Polizei schon hinter ihnen her. Die meisten sind schon ausgerottet und nur noch Nachzügler erscheinen zuweilen vor Gericht. Es muß am Samstag vor dem Schöffengericht gegen den in Enden

hofften Kaufmann Wohlander aus Göttingen wegen Vergehens gegen das Lotteriegesez verhandelt. W. hatte vom 1. Mai 1906 bis 30. April 1907 hier ein Serienlosgeschäft betrieben. In dem einen Jahre erzielte er trotz einer Ausgabe von 33 000 Mk. für Inzerate, einen Reingewinn von 48 000 Mk., so daß er die Uebernahmssumme von 27 000 Mk. schon im ersten halben Jahre bezahlen konnte. Als W. infolge der Belästigungen durch die Polizei nach Holland verzog, büßte er allerdings dort den ganzen Gewinn wieder ein. Das Urteil lautete auf 800 Mk. Geldstrafe.

— **Im Zeitalter der Luftschiffahrt.** In der Zeit zwischen dem 10. und 14. Oktober soll im Ribelungenaale zu Mannheim eine große Versammlung stattfinden, zu der die Ehrenmitglieder aller im deutschen Reich bestehenden Ortsgruppen des deutschen Luftschiffvereins einzuladen sind. Graf Zeppelin hat sein Erscheinen zu der Feier, die in Form eines Banquets gedacht ist, in sichere Aussicht gestellt. Einer der treuesten Mitarbeiter Zeppelins, Dr. Gerner in Friedrichshafen, wird den Hauptvortrag halten. Zurzeit bestehen in Deutschland etwa 80 Ortsgruppen, von denen die in Mannheim allein nahezu 1000 Mitglieder zählt.

— **Eisenbahnertod.** Am gestrigen Tage überfuhr der Schnellzug 1 Uhr 15 Min. den die Geleise überschreitenden Hilfsportier Diek, der sofort tot war.

— **Mord.** Eine Entführungsgeschichte hat sich in den letzten Tagen hier abgespielt. Mit seinem achtjährigen Sohne wollte der Professor Fertig aus Singen fliehen. Derselbe lebt mit seiner Frau in Geseheide. In dem Urteil war ihm das Kind zugesprochen. Mit Hilfe zweier Detektivs versuchte heute Vormittag seine geschiedene Frau den Knaben zu entführen. In einem Automobil hielten die Frau und die Detektivs vor der Wohnung des Professors, drangen in das Haus ein und nach heftigem Kampfe, wobei der Professor zu Boden geschlagen wurde, nahmen sie das Kind mit sich fort und fuhrten im Automobil in rasendem Tempo davon. Einer der Detektivs konnte nicht mehr rasch genug in das Automobil einsteigen und wurde verhaftet. Erst in Stuttgart gelang es, das Automobil anzuhalten und die Entführer zu verhaften. Nach früheren Mitteilungen über den Geseheideungsprozess fertigt bestehen über die Frage der Zugehörigkeit des Kindes, wie über den Prozeß überhaupt, verschiedene Versionen, die durch die Entführungsgeschichte auch nicht aufgeklärt werden. Die feinerzeit gemeldet, entführte Professor Fertig vor einiger Zeit den Knaben aus einer Konstanzer Schule. — Von anderer Seite wird hierzu geschrieben: Frau Fertig entführte mit Hilfe zweier Herren, die dem Detektivinstitut August Maier in Mannheim angehören sollen, den Knaben. Fertig, der sich mit einem Revolver zur Wehr setzen wollte, wurde von einem der Herren zu Boden geschlagen. Diesem gelang es aber nicht mehr, das Automobil zu erreichen. Er wurde verhaftet. — Das Automobil mit den Entführern und dem Kinde wurde nachmittags 5 Uhr in Stuttgart angehalten. Außer dem Kinde befanden sich Frau Professor Hofmeier Fertig, Privatdetektiv Meier und Chauffeur Fritz Held, beide aus Mannheim, in dem Automobil. Dieselben wurden verhaftet.

**Raubmörder Janson**

— **W. noch nicht ausgeliefert.** Die Nachricht, daß er von Genf befreit nach Baden ausgeliefert sei, ist nach einer Meldung aus Offenb. unrichtig; er befindet sich noch in Genf, da ein Auslieferungsbefehl auch von der aargauischen Staatsanwaltschaft wegen Einbruchsdiebstahls vorliegt.

**Aus der Residenz.**

Karlsruhe, 1. Sept.

**Sozialdemokratischer Verein.**

Die für morgen Abend projektierte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins fällt aus, da Genosse Dr. Frank in Urlaub ist und das Referat nicht übernehmen konnte, und außerdem die noch zu verhandelnde Materie bereits auf der Kreisversammlung in Blankenloch ihre Erledigung gefunden hat.

— **Diejenigen Mitglieder des ehemaligen Konsumvereins,** welche gefonnen sind, die vom Konkursverwalter geforderte Nachzahlung zu verweigern, werden nochmals auf die am Donnerstag Abend im „Auerhahn“ stattfindende Besprechung aufmerksam gemacht.

**Der Bürgerausschuß**

— **Die Sitzung** in feiner gestrigen Sitzung die ihm unterbreiteten Vorlagen, von welchen einige recht lebhaft Debatten auslösten. Näherer Bericht folgt.

**Essentielle Brauereiarbeiter-Versammlungen**

— **Am Donnerstag und Freitag** in Karlsruhe und Rastatt, wozu Hauptwortführender Kollege Ebel aus Hannover als Referent erschienen war und über die wirtschaftliche Krisis sprach. Er erläuterte die Erscheinungen, welche durch die kapitalistische Produktionsform stets in gewissen Zeitabständen wiederkehren, von den kapitalistischen Unternehmern verursacht werden und Not und Elend unter der Arbeiterschaft hervorzubringen. Nicht mehr durch Unterproduktion entstehen heute Krisen, sondern durch Ueberproduktion. Dieses zeigt die Verhältnisse der gegenwärtigen Wirtschaftsweise im grellsten Licht. Der Staat und die Gemeinden kümmern sich nicht darum, daß der Staatsbürger sich und seine Familie ernähren kann, sondern wie es in Norddeutschland üblich ist. Wie groß die Arbeitslosigkeit ist, erzieht man an den Summen, welche die Gewerkschaften an ihre Mitglieder auszahlen. Im zweiten Quartale dieses Jahres betrug die Arbeitslosenunterstützung 1 533 251 Mk. gegen 842 682 Mk. in der gleichen Zeit des Vorjahres; das sind also gleich 80 Prozent mehr. Damit ist aber noch lange nicht die ganze Arbeitslosigkeit inbegriffen, weil noch eine große Anzahl von Arbeiter den Weg zur Organisation nicht gefunden haben. Wenn nun in der Industrie und auf dem Weltmarkt Krisen ausbrechen, so hat natürlich auch das Handwerk darunter zu leiden. Mag die Gewohnheit der Arbeiter noch so groß sein, ein Glas Bier zu trinken, in solchen Krisen muß in erster Linie für Brot gesorgt werden. Deshalb sind schon wieder neue Biersteuerpläne auf. Die 50 Millionen, welche durch den Zolltarif aus dem Braugewerbe herauszuheben werden, reichen noch nicht aus, das Reichsdefizit zu decken. Dagegen muß ganz entschieden angeknüpft werden und

anstatt zu versuchen, die Mehrbelastung auf die Konsumenten und die Brauereiarbeiter abzuwälzen, möchten die Brauer einmal energisch gegen diese Pläne zu Felde ziehen. Diese Vorkommnisse zeigen den Brauereiarbeitern aber auch, daß sie eine tief bedauerliche, daß es noch Leute gibt, welche auf eine Zersplitterung der Brauereiarbeiter hinarbeiten. Von dem kräftigsten Epochen erfüllt, glauben sie durch Sonderbündelei und Liebedienerei auf Kosten der Allgemeinheit sich ein warmes Nest zu sichern. Sie sehen nicht ein, daß die Brauereien trotz der Heftigkeit der Konkurrenz sich so leicht einig sind, wenn die Brauereiarbeiter bei ihnen anknüpfen. Die Fortentwicklung des Brauereiarbeiterverbandes ist nicht aufzuhalten, mögen die Scharfmacher noch so dunkle Pläne schmieden, mögen die Arbeiterzersplitterer noch so jesuitische Kniffe anwenden; wir sind trotz aller Hindernisse groß und stark geworden und auch in den Zeiten der Krisis wird der Brauereiarbeiterverband den Anforderungen gewachsen sein, die an ihn herantreten.

— **Apollo-Theater.** Am Sonntag wurde die Spiel-Saison im Apollo-Theater mit einem geschmackvoll zusammengestellten Programm eröffnet. Die Direktion, die im Vorjahre schon immer bemüht war, vom Guten das Beste zu bieten, hat ungewisselhaft mit dem Eröffnungsprogramm einen guten Griff getan und berechtigt die Hoffnung, daß auch in diesem Jahre dem Publikum mancher genussreiche Stunde geboten wird. **Alte & De.** eine feine Soubrette, eröffnete den Reigen des musikalischen Künstlerbüchchens. Ihr Auftreten errang reichen Beifall. Es folgten Produktionen aus den römischen Ringen von dem **Boceas Trio**, die ebenfalls Meister in ihrem Fache sind. Eine unbändige Heiterkeit des ausberauschten Kontrast-Duo, die zwei Baumer, aus. Der Vater mit seinem Sohn. Der **Alte**, ein schlanker großer Mensch, daneben sein Bißle, kaum drei Räte hoch. Gab schon dieser Kontrast zu zwergerlicher Schütterung des Ansehens, so steigerte sich die Heiterkeit erst bei dem Vortrag. Der **Alte** wußte seinen Coupletts in Wien und Ausdrucksweise eine derartig wirkende Seite abzugeben, daß man staunen mußte. Daß hierbei das Publikum nicht mit Weisheit lachte, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. In akrobatischen Tänzen zeigte sich **Marj Petine** mit gutem Erfolg. Der musikalische **Clown d'Arma** mit seinem musikalischen Wunderpferd erregte mit seinen Leistungen allgemeines Staunen, trotzdem dieses Gebiet schon genug bearbeitet ist. Eine lebende Schmiebe führte Herr **Eduardo**, assistiert von **Mlle. Margaritte** vor. Diese kolossale Leistung wird mit Recht als das Wunder menschlicher Zahn- und Geisteskraft hingestellt. Bei der Männerwelt errang sich **Mizzi Melizza** als Soubrette-Diva Vorbeeren. Im **„Fremden-Logis“** nennt sich eine komische Redaktinomie der **Abones-Compagnie**. Die exakt und gepandit ausgeführten Übungen am Red wurden vom Publikum gut bewertet. Der Schluß bildete die Vorführung lebender Bilder. Wer sich einmal herzlich amüsieren will, sollte nicht versäumen, sich dieses Programm anzusehen. Am Sonntag war der Saal überfüllt.

— **Die Friedrichskapelle** muß in der Zeit vom 3. bis einschließlich 7. September d. J. wegen Vornahme der Hauptreinigung und Reparatur des Fußbodens geschlossen bleiben. Die Trauerfeierlichkeiten sollen während dieser Zeit, soweit sie nicht im Freien abgehalten werden können, entweder in den Bogengängen der Gruftkammer oder im Krematorium stattfinden.

— **Das Amt des Gemeinderichters** wurde vom Stadtrat gemäß § 115 Absatz 1 des Gesetzes vom 21. Juli 1908 dem Herrn Bürgermeister Dr. Horstmann übertragen. Zu dessen Stellvertreter wurden ernannt die Herren Stadträte **Osterstag** und **Ganzer**. Mit der Versetzung des Amtes des Schiedsmannes (Vergleichsbehörde in streitigen Rechtsangelegenheiten im Sinne des Artikels 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1908) wurde Herr Stadtrat **Osterstag** und in dessen Vertretung Herr Stadtrat **Ganzer** betraut.

— **Fußballwettpiel.** Das erste Wettpiel dieser Saison auf dem Rhönsporthalle brachte der 1a-Mannschaft einen unerwarteten Sieg mit 15:0 Toren über den F. C. Germania-Frankfurt. Diese Mannschaft spielte nicht schlecht, aber es fehlte ihr die in Karlsruhe gewohnte Technik und Ballfesterheit, außerdem war sie nur mit 10 Mann angetreten. Die Karlsruher Mannschaft hat gezeigt, daß es ihm möglich ist, schnell in der vorjährigen Form zu sein und für die Verbandsspiele ein gefürchteter Gegner zu werden. — Die 1b-Mannschaft gewann gegen die Fußballgesellschaft 1896 Heilbronn mit 7:1 Toren. Nach einigen weiteren Spielen wird auch diese Mannschaft in guter Form sein.

— **Geflochten wurden:** Einem Kaufmann in der Kaiserstraße ein Email-Kleineschild im Werte von 15 Mk. In einem Haus in der Akademiestraße die Kastenplatte des Haus-Telegraphen im Werte von 15 Mk. Ferner einen Schreiner in der Welzheimerstraße aus seiner verschlossenen Wohnung zwei silberne Eßbestecke im Wert von 28 Mk. und einem Schriftföher in der Zähringerstraße aus seiner Wohnung verschiedene Kleidungsstücke im Werte von 24 Mk.

— **Sittlichkeitsverbrechen.** In den letzten Wochen hat sich ein in der Uhlendstraße wohnender 32 Jahre alter verheirateter Tagelöhner in das Mädchen gegenüber, welches jeweils morgens Kaffeebrot in das fragliche Haus bringt, mehrfach gegen § 188 N. St. G. B. vergangen.

— **Unterdrückung.** Ein hiesiger Auktionator, der schon längere Zeit eingekommene Gelder im Betrag von 5000 Mk. für versteigerte Waren nicht an seine Auftraggeber abgeliefert, vielmehr zu seinem eigenen Nutzen verwendet und unterschlagen hat, wurde in Untersuchungshaft genommen.

**Neues vom Tage.**

— **Weiskensels,** 31. Aug. Heute früh gegen 10 Uhr wurde zwischen Ober-Greißlauf und Krittitz im Randbergelände des Artillerie-Regiments Nr. 40 der 19jährige Kürassier Emil Rosenfals aus Weiskensels, der sich zu weit vorgebracht hatte, bei dem Versuch, sich infolge eines plötzlichen Marschbefehls in Sicherheit zu bringen, von einem Geschütz getroffen.

— **Berlin,** 1. Sept. Die Fleischvergiftungen im Birkow-Krankenhaus haben einen weiteren bedrohlichen Umfang angenommen. Bis gestern Abend sind 80 Schwestern an Vergiftungserscheinungen erkrankt, davon liegen 30 an hohem Fieber darnieder. Gestern Nachmittag fand im Birkow-Krankenhaus eine

Sitzung des Krankenhaus-Direktoriums statt, in der die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr besprochen wurden.

— **Gleiwitz,** 31. Aug. Nach dem Genus von Räuherberingen erkrankten im benachbarten Jabrze die ganze Familie des Kaufmanns Rahmert. Rahmert selbst ist bereits gestorben, vier Kinder schweben in Lebensgefahr, die Frau, welche nur wenig davon genossen hatte, ist nur leicht erkrankt.

**Letzte Post.**

Der Nachfolger v. Köller's.

— **Frankfurt a. M.,** 31. Aug. Wie der Straßburger Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ erfährt, hat der Kaiser den Unterstaatssekretär Freiherrn Hugo Born von Pulaß definitiv zum Nachfolger des Staatssekretärs v. Köller ausersehen, sobald dieser in den Ruhestand tritt.

**Die Revolution in Persien.**

— **Berlin,** 31. Aug. Die Nachrichten aus Persien lauten sehr ernst. Sie machen den baldigen Ausbruch neuer erbitterter Kämpfe zwischen den Revolutionären, deren Reihen fortwährend Verstärkungen erfahren und der Schahpartei höchst wahrscheinlich. Nicht allein im Norden, wo die Endschumans wieder völlig Herr der Lage sind, sondern auch im Süden, wo die Revolutionäre in Cherman eine provisorische Regierung eingesetzt haben, wird die Lage als eine höchst bedrohliche angesehen. In Täbris haben sich die Revolutionäre in den Straßen verschanzt und dem Schah ein Ultimatum von 5 Tagen gestellt, in dem verschiedene Forderungen für die Gesetzgebung aufgestellt werden, u. a.: Berufung eines Ministeriums aus den Reihen der Revolutionäre, Fortschaffung aller Reaktionsäre aus Teheran, Gewährung voller Amnestie, Ernennung der Gouverneure nach den Vorschlägen der Endschumans, sofortige Einberufung des Medschles. — Dem neuen Gouverneur von Täbris mit Namen Nim ed Daule haben die Revolutionäre ebenfalls ein Ultimatum gestellt, in dem sie ihn auffordern, die Stadt binnen 5 Tagen zu verlassen, andernfalls er ermordet werden würde. Die Gewaltmaßregeln des neuen Kriegsministers, welcher kein anderer als der berichtigte Emir Bahadur Dscheng ist, übersteigt alles Dagegen. Es wurden Verhaftungen und Mordtaten auf seinen Befehl am hellen Tage ausgeführt. Der Schah ist ganz und gar in den Händen des Emir Bahadur Dscheng. Der Protest der fremden Vertreter ist bisher ohne Antwort geblieben.

**Ein militärisches Schreckensurteil.**

— **Berlin,** 1. Sept. Das Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps verurteilte gestern den Musketier Thorn vom Infanterie-Regiment Graf Laurenzin zu 3 1/2 Jahren Gefängnis, weil er im Kampf einem Unteroffizier ein Bierglas in den Rücken geworfen und ihn beleidigt hatte.

**Oesterreichische Ministerkrisis.**

— **Wien,** 1. Sept. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Ackerbauminister dem Ministerpräsidenten zur Kenntnis gebracht, daß er mit Rücksicht auf die gesamtstaatlichen Interessen bei der Aktivierung des serbischen Handelsvertrages mitgewirkt habe, jedoch im Hinblick auf die Stimmung in den agrarischen Kreisen nicht mehr glaube, sich deren Unterstützung bei der Vertretung ihrer Interessen erfreuen zu können. Aus diesem Grunde sehe er sich gezwungen, seine Demission anzubieten.

**Die Rache der Werkzeuge der Reaktion.**

— **Paris,** 31. Aug. „Echo de Paris“ meldet aus Konstantinopel: Die jüngsten Verhaftungsversuche werden auf das Konto der entlassenen Spione, Beamten usw. gesetzt, welche sich rächen wollen. Zahlreiche Entlassungen sind bereits vorgenommen. Die Bewohner der abgebrannten Häuser sind entschlossen, alle auf frischer Tat ergriffenen Brandstifter zu lynchen.

**Vereinsanzeiger.**

- Karlsruhe.** (Gesangverein „Bruderverbund“.) Heute Abend halb 9 Uhr Singstunde im „Württembergischer Hof“.
- Bruchsal.** (Gewerkschaftsartell.) Mittwoch, 2. September, abends halb 9 Uhr, im „Einhorn“ Kartellstunde. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Delegierten sowie die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
- St. Georgen i. Schw.** (Sozialdem. Verein.) Nächsten Samstag, 5. September, abends 8 Uhr, im Lokal („Sonne“) Versammlung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen notwendig.
- Lahr.** (Sozialdemokrat. Verein.) Jeden ersten Dienstag im Monat, abends halb 9 Uhr, im „Adler“ Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

— **Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.**  
**H. B., Säckingen.** Ist in der Fabrikordnung der § 616 A. G. B. nicht ausdrücklich außer Wirksamkeit gesetzt, so darf Ihnen ein Abzug vom Lohn für die infolge der Terminswahrnehmung verfallene Zeit nicht gemacht werden. Ist aber genannter Paragraph dort außer Kraft, so verlangen Sie Zeugengebühren vom Bürgermeisteramt, das ja die betr. Kosten nach § 144 Abs. 2 A. G. B. von der betr. Verurteilungsgenossenschaft ersetzt bekommt.

— **Wasserstand des Rheins.**  
 Schutterinsel 2.23, gest. 88 cm, Rehl 2.50, gest. 17 cm  
 Marau 4.02, Stillstand, Mannheim 3.16, gest. 1 cm.

**Geschäftliches.**

**Erfinder!**  
 Jeder kluge und zielbewusste Erfinder wendet sich stets an uns. 693

**Grösstes Entgegenkommen**  
 für unbemittelte Erfinder. **Auskunft und Rat-schläge, eventuell Vervollkommnung kostenlos.**

**Bayers Patent-Büros,**  
 Karlsruhe-Ecke Häbschstr. Freiburg-Basel-Trier

